Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1240
09.12.2020

NEUDRUCK

Ausschuss für Schule und Bildung (88.) (öffentlich)

TOP 1 gemeinsam mit:
Wissenschaftsausschuss (61.) (öffentlich)

9. Dezember 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:02 Uhr bis 12:31 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Lehrkräfteversorgung sicherstellen: Möglichkeiten der passgenauen Lehrerausbildung nutzen **6**

Antrag
der Fraktion der CDU und der
Fraktion der FDP
Drucksache 17/10850

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

2 Sachstand zu Dienstanweisungen an Schulleitungen in Pandemiezeiten – wie viele Schulleitungen wurden in die jeweiligen Bezirksregierungen vorgeladen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4343

– Wortbeiträge

3 Sachstand zum Unterricht in Förderschulen in Pandemiezeiten – welche Herausforderungen wurden an das MSB herangetragen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **33**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4359

– Wortbeiträge

4 Sachstand zu Unterricht in Pandemiezeiten – Wie steht es um die Prüfungsvorbereitungen für die zentralen und dezentralen Abschlussprüfungen in allen Schulformen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4342

– Wortbeiträge

5 Sachstand zum Unterricht in Pandemiezeiten – Wie steht es um die Infektionszahlen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])* **53**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4364

– Wortbeiträge

6 Unterstützung von Ersatzschulen in Pandemiezeiten *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])* **63**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4329

– keine Wortbeiträge

7 Integriertes Konzept „Essen und Trinken in der Schule“ *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **64**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4360
Vorlage 17/4361

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Aussprache zu vertagen.

8 Einstellen der Beförderungsstellen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])* **65**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgründen zu vertagen und sich von der Landesregierung schriftlich statt mündlich berichten zu lassen.

9 Verschiedenes **66**

– keine Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

weist **Vorsitzende Kirstin Korte** darauf hin, dass man heute, dem Beschluss des Parlamentarischen Krisenstabs Pandemie folgend, in Fraktionsstärke tagen werde, die abwesenden Ausschussmitglieder der bis maximal 12:30 Uhr dauernden Sitzung aber ohne Rederecht via Videokonferenz folgen könnten.

1 Lehrkräfteversorgung sicherstellen: Möglichkeiten der passgenauen Lehrerausbildung nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU und der
Fraktion der FDP
Drucksache 17/10850

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

Vorsitzende Kirstin Korte: Unserer ganz besonderer Gruß gilt den Sachverständigen. Schön, dass Sie hier sind. Wir freuen uns auf einen guten Austausch mit Ihnen. Ich darf Ihnen mitteilen, dass Sie die schriftlichen Stellungnahmen als bekannt voraussetzen können. Wir haben uns zudem darauf verständigt, keine Eingangsstatements zu hören, sondern stattdessen direkt in die Frage- bzw. Antwortrunden zu gehen. Die Abgeordneten bitte ich, pro Runde nur eine Frage zu stellen und diese klar an einen bis maximal drei Sachverständige zu adressieren. Die einzelnen Wortbeiträge sollten maximal drei Minuten lang sein, die Anhörung insgesamt 90 Minuten.

Außerdem begrüße ich für die gemeinsame Anhörung Herrn Seifen als Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses.

Claudia Schlottmann (CDU): Guten Morgen und vielen Dank, dass Sie in Zeiten der Pandemie diesen Weg auf sich genommen haben. – Ich habe eine Frage an Herrn Christoffer: Wie bewerten Sie den Antrag hinsichtlich einer Stärkung der Beratungsangebote für angehende Studierende, um so Studienabbrüche zu verringern?

Sven Christoffer (Vorsitzender lehrer nrw): Die Zahlen legen nah, dass wir immer noch eine zu hohe Abbruchquote bei den Lehramtsstudierenden haben. Nach meiner Information ist diese gerade im Grundschulbereich überdurchschnittlich hoch, weshalb die Vermutung naheliegt, dass es bei der Wahl des entsprechenden Lehramtsstudiums eine Unwucht gibt.

Beratungsangebote sollten den Studierenden daher aus meiner Sicht frühestmöglich unterbreitet werden, gegebenenfalls könnten solche Angebote sogar vor dem Studium bei den Abiturientinnen und Abiturienten ansetzen. Die Beratungen sollten sich zudem passgenau auf die einzelnen Lehrämter beziehen. Der grundsätzliche Ansatz sollte darin bestehen, die Eignungen und Fähigkeiten der jeweiligen Interessenten mit den Anforderungen, die ein Lehramtsstudium mit sich bringt, abzugleichen. Darüber, wie man das in die Tat umsetzen könnte und wer dafür die Verantwortung tragen sollte, müsste man sich noch Gedanken machen.

Jochen Ott (SPD): Auch ich wünsche Ihnen einen guten Morgen. – Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Huber, Frau Finnern und Herrn Christoffer. Für Referendare gibt es unter bestimmten Voraussetzungen bereits die Möglichkeit, die zweite Phase der Lehrerausbildung zu verkürzen. Das ist also nicht neu. Trotzdem wird es in

der Praxis von Lehramtsanwärterinnen kaum genutzt. Unsere Einschätzung lautet daher, dass die meisten Lehramtsanwärter die gesamte Zeit nutzen, weil sie sie brauchen. Teilen Sie diese Einschätzung, oder sind Sie der Meinung, dass die Lehrerausbildung für mehr Studierende verkürzt werden sollte?

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Schönen guten Morgen, vielen Dank für die Frage. – Ich habe darauf schon in der Stellungnahme geantwortet und würde es auch so bestätigen: Ich meine, dass eine Verkürzung des Referendariats nicht zielführend wäre. Viele stellen sich das Referendariat unterkomplex vor, dabei ist es ein sehr komplexer Prozess.

Das war zwar keine wirkliche Verkürzung, aber es ist bereits von zwei auf anderthalb Jahre reduziert worden. Es bewegt sich also bereits an der Grenze, vielmehr geht nicht. Ich rate auch deshalb von einer Verkürzung ab, weil es sich bei vielen der im Referendariat angestrebten Prozesse um Reflexionsprozesse handelt, die Zeit brauchen. Wenn wir diese Prozesse zeitlich verkürzen, werden sie ineffektiver. Prinzipiell würde eine Verkürzung wahrscheinlich schon irgendwie funktionieren, aber das würde im Endeffekt zu einer Qualitätsreduktion der Lehramtsausbildung führen.

Im Übrigen kann ich mir nicht vorstellen, nach welchen Kriterien man bei einer Verkürzung vorgehen wollte. Diese Kriterien müssten intersubjektiv nachvollziehbar sein, was ich für sehr schwierig halte, da viele Akteure beteiligt sind, die alle verständlicherweise ihre eigene Sichtweise bezüglich der Entwicklung eines Referendars haben. Ich denke, es wäre nicht leicht, diese Sichtweisen zusammenzubringen, weshalb ich auch aus diesem Grund davon abraten würde.

Maike Finnern (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Ich kann das nur unterstützen: Auch aus unserer Sicht ist eine Verkürzung nicht sinnvoll. Zu dem, was Herr Huber gesagt hat, kommt hinzu, dass die Reflexionsprozesse enorm wichtig sind. Zwar hat man sich in den vergangenen Jahren mittels des Ausbaus der personenorientierten Beratung und der Unterrichtsbesuche ohne Bewertung bereits darauf konzentriert, aber unsere Erfahrungen und die Rückmeldungen, die wir erhalten, legen nahe, dass das eigentlich noch mehr ausgebaut werden müsste. Das spricht also gegen eine weitere Verkürzung.

Historisch gesehen haben wir das Problem, dass es eine Verkürzung gab, bevor das Praxissemester eingeführt war, wodurch es zu Verwerfungen kam. Das läuft jetzt quasi aus. Dennoch muss man, anstatt das Referendariat noch weiter zu verkürzen, genau darauf schauen, wie man aus den verbliebenen anderthalb Jahren eine gute Ausbildungszeit machen kann.

Im Antrag wird auch erwähnt, dass man einschlägige berufliche Vorerfahrungen mehr berücksichtigen solle. – Gerade im Hinblick auf den Aspekt der Reflexion halte ich das für schwierig. Wir alle wissen aus der Praxis, wie Personen, die auf Vertretungsstellen anfangen, in den schulischen Alltag hineingeschmissen werden. Mit Reflexion ist dann nicht mehr viel. Häufig ist es sogar so, dass man sich, wenn man ins Referendariat

kommt, bestimmte Dinge wieder abgewöhnen oder sie zumindest hinterfragen muss. Ich halte eine Anrechnung auch deshalb für schwierig, weil die so gemachten Erfahrungen nicht unbedingt mit denjenigen vergleichbar sind, die man während eines guten Referendariats macht. Aus unserer Sicht ist das also eindeutig keine gute Idee.

Sven Christoffer (Vorsitzender lehrer nrw): Im Grunde genommen kann ich mich meinen Vorrednern nur anschließen, insbesondere dem letzten Aspekt, den Maike Finnern genannt hat. Die Möglichkeit, durch berufliche Vorerfahrung den Dienst zu verkürzen, existiert grundsätzlich schon, aber wir wissen eben auch, dass Vertretungslehrkräfte nicht angeleitet werden. Es besteht ein Stück weit die Gefahr, dass sich bestimmte negative pädagogisch-didaktische Raster einschleifen und unkorrigiert stehen bleiben. Das ist natürlich kontraproduktiv und führt dazu, dass diese eingeschliffenen Fehler während des 18-monatigen Referendariats ausgeglichen werden müssen, was Mehraufwand bedeutet. Deshalb würde auch ich davon abraten.

Ich hatte in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass bei einer Verkürzung auf 15 Monate – alles andere würde keinen Sinn machen – und bei Abzug der Ferienzeiten eine Nettoausbildungszeit von unter einem Jahr bleiben würde. Das halte ich für äußerst gewagt und für unvereinbar mit dem Anspruch der Schülerinnen und Schüler auf bestmöglich ausgebildete und vorbereitete Lehrkräfte.

Zudem wird in den Rückmeldungen der in meinem Verband organisierten Fachleitungen deutlich darauf hingewiesen, dass die Curricula auf 18 Monate ausgelegt und die Seminarsitzungen inhaltlich randvoll seien. – Insofern würde jede weitere Straffung dieses Programms zwangsläufig zu Qualitätsverlusten führen.

Daniela Beihl (FDP): Auch seitens der FDP-Fraktion vielen Dank, dass Sie uns heute als Experten zur Verfügung stehen. – Meine erste Frage richtet sich an Herrn Müller. Wir schlagen in unserem Antrag vor, für leistungsstarke Referendarinnen und Referendare eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes vorzunehmen und ihnen eine schnellere Einstellung in den Schuldienst zu eröffnen. Wie würden Sie das bewerten, Herr Müller? Unter welchen Voraussetzungen wäre das Ihrer Ansicht nach vertretbar und ein geeignetes Instrument zur Lehrkräfteversorgung?

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Wir können uns das auf jeden Fall vorstellen, weil eine Ausbildung nicht länger als nötig dauern muss. Die Frage ist nur, wie viel man hier gewinnt. Die Kriterien müssten sehr klar und sehr scharf sein.

Es geht dabei vor allem um eigene Unterrichtserfahrungen. So sind beispielsweise Fälle denkbar, dass jemand über einen längeren Zeitraum hinweg Förderunterricht gegeben hat oder in der Ganztagsbetreuung eingesetzt wurde. Aus eigener Erfahrung kann ich berichten – wobei ich nicht weiß, inwieweit das zulässig ist –, dass es auch Lehramtsstudierende gibt, die eigenständig Unterricht geben. Hier und da scheint es möglich zu sein. Ich kann mir also vorstellen, dass man das für diejenigen, die bei Einsätzen eigene pädagogische Erfahrungen gemacht haben, auf Antrag ermöglicht.

Ich würde aber kritisch fragen wollen, was das bringt und ob das die entscheidende Stellschraube ist, um den Lehrkräftemangel zu beheben. Ich habe zwar nichts dagegen, halte es sogar im Einzelfall für sinnvoll und wertvoll, bin mir aber nicht sicher, wie ertragreich das im Hinblick auf den großen Aufwand ist.

Sigrid Beer (GRÜNE): Auch ich heiße Sie herzlich willkommen und danke Ihnen ganz besonders für die ausführlichen Stellungnahmen im Vorfeld. – Wir beschäftigen uns hier mit einer wichtigen Angelegenheit, die uns alle umtreibt. Es reicht aber nicht, nur Überschriften zu formulieren. Wenn es konkret wird – das haben wir in den ersten Wortbeiträgen schon gehört –, wird es schwierig.

Es gibt zurzeit einen Antrag der Koalitionsfraktionen, um Forschung zum Thema „Studienerfolg und -abbruch in Lehramtsstudiengängen“ auf den Weg zu bringen. Grundsätzlich finden wir das sinnvoll, allerdings müsste eigentlich auch das Studienverlaufsmonitoring etwas über die Knackpunkte auf dem Weg durch das Studium und über Studienerfolge aussagen. Wenn eine Begleitforschung, die bildungswissenschaftlich ein bisschen weiter ausholt, Mehrwert bringen soll, wäre es wichtig, heute etwas darüber zu erfahren. Daher lautet meine Frage an Herrn Huber und Herrn Müller, was wir aus dem Studienverlaufsmonitoring im Hinblick auf die Fragestellung des Antrags für Erkenntnisse gewinnen können.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Frau Beer, ich nehme an, Sie meinen den Bologna-Check. Für die, die ihn nicht kennen: Der Bologna-Check ist ein Instrument, mittels dessen man versucht, nachzuvollziehen, an welchen Stellen im Studienverlauf insbesondere Bachelor- und Masterstudierende abbrechen. Den gibt es nicht nur für das Lehramt, sondern auch für die meisten anderen Studiengänge.

Ich muss ehrlicherweise sagen, dass der Bologna-Check nicht zu den Ergebnissen geführt hat, die man erwartete. Die Erkenntnisse, die sich daraus ziehen lassen, sind insofern schwer nachvollziehbar, als dass man nicht genau weiß, auf welche Teilstudiengänge sich die Abbruchgründe überhaupt beziehen. Eine Erkenntnis, die man für das Lehramt gewonnen hat, ist, dass die Studierenden meistens an Stellen abbrechen, an denen sie quasi in einen Identitätskonflikt kommen. Sie studieren etwas mit einer gewissen Erwartungshaltung und nehmen die entsprechende Identität schon im Vorfeld ein, dann merken sie aber, dass sich diese Identität mit dem jeweiligen Beruf nicht realisieren lässt. Männliche Studierende, die sich beispielsweise für das Primarstufenlehramt interessieren und es aufnehmen, verlassen diesen Weg wieder, wenn sie merken, dass sie mit dem Job nicht so viel Geld verdienen können, wie sie sich das vorgestellt haben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist erstaunlich, oder?)

Es gibt in der Beratung viele Konfliktgespräche während derer die Studierenden am Ende sagen, dass sie sich das ein bisschen anders vorgestellt hätten.

Wir stellen aber auch Folgendes fest: Das Interesse daran, einen Studiengang wirklich zu beenden, entsteht häufig vor Beginn des Studiums, weil die Studierenden sich sagen, dass das ihre Identität sei und sie das Studium deswegen auch abschließen wollten. – Wenn man mit einer Beratung also erst beginnt, wenn sie schon in der Mitte oder am Ende des Studiums stehen, hat man den Zeitpunkt deutlich zu spät gewählt.

(Kopfnicken von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wenn wir es gut machen wollen, müssen wir also vor dem Studium beginnen und nicht währenddessen. Die Erkenntnis lautet daher, dass es bezüglich des Zeitpunkts der Beratung Optimierungsbedarf gibt.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Ich finde es sehr wichtig, über den Schwund zu reden, schließlich ist es nicht nur entscheidend, wer sich einschreibt und anfängt, sondern auch, wer erfolgreich aufhört und in den Beruf einsteigt.

Ich habe zwei Zahlen mitgebracht: Es gibt eine Studie von Professor Radisch von der Uni Rostock, der den Schwund in Mecklenburg-Vorpommern analysiert hat, allerdings bezogen auf Staatsexamina. Ungefähr die Hälfte derjenigen, die ein Lehramtsstudium aufnähmen, mache keinen Abschluss, sondern breche ab oder wechsle. – Das DZHW spricht mit 15 % von einer deutlich geringeren Zahl – was ich aber auch sehr viel finde. Mir sind keinen Studien speziell für NRW oder für Bundesländer mit Bachelor/Master bekannt, insofern muss man das mit Vorsicht genießen. Staatsexamina sind auch nicht gerade das innovativste Modell.

In der Tat halte ich Abbrüche bzw. Wechsel für sehr entscheidend. Beim Lehramtsstudium gibt es verschiedene Exit Points, also viele Gelegenheiten für die Studierenden, abzubrechen, aber viel zu wenige Entry Points. Man darf nicht nur darauf schauen, wer herausgeht, sondern muss auch darauf schauen, wie man jemanden hineinbekommt. Gerade nach dem Bachelor haben einige eine klare Exitstrategie. Das wäre meines Erachtens ein Punkt, an dem man ansetzen könnte.

Ein Thema für sich ist die Tatsache, dass die Lebensläufe der Menschen nicht mehr so linear wie früher sind. Damals hat man als Lehramtsstudent angefangen und als Lehrer aufgehört. Es war völlig klar, dass dazwischen nichts passierte. Ich meine, dass wir heute viel mehr nichtlineare Wege ins Lehramt brauchen. So könnte man aus den heutigen Biografien Chancen ableiten und an verschiedenen Stellen Eintrittsmöglichkeiten schaffen, etwa für Fachabsolventen, die dann auf das Lehramt umschwenken könnten. Überspitzt formuliert, könnte man sagen: Derzeit werden nicht unbedingt die Falschen Lehrer, aber viele Richtige nicht.

(Kopfnicken von Jochen Ott [SPD])

Helmut Seifen (AfD): Ich bin heute in mehreren Rollen hier. Ich darf Sie, auch im Namen meiner Ausschusskollegen, als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses begrüßen. Als Sprecher für Schule und Bildung habe ich eine Frage an Herrn Huber, Herrn Christoffer und Frau Finnern.

Wir haben gerade schon über die Schwierigkeiten gesprochen, die einige damit haben, das Studium weiterzuführen. Seit Mai 2009 gibt es in Nordrhein-Westfalen ein geändertes Lehrerausbildungsgesetz, von dem man sich eine Verbesserung der Lehrkräfteversorgung vor allem für die Primarstufe und die Sekundarstufe I erhoffte; für die Sekundarstufe II hatte sich nicht viel geändert. Im Ergebnis hat man aber bezüglich der Gymnasial- bzw. der Sekundarstufen-II-Lehrer keine großen Probleme, bei der Primarstufe bzw. der Sekundarstufe I hingegen schon.

Meine Frage hat einen Teil a) und einen Teil b); das sind keine zwei Fragen, Frau Korte.

Vorsitzende Kirstin Korte: Hm, wahrgenommen.

(Heiterkeit)

Helmut Seifen (AfD): Wie erklären Sie sich erstens, dass die Attraktivität des Lehrerberufes trotz des neuen Lehrerausbildungsgesetzes in diesem Bereich offenbar nachgelassen hat und dass es zweitens gerade im Bereich der Primarstufe so viele Studienabbrecher gibt? Als ich selbst vor etlichen Jahren in Münster studierte, habe ich das bei den PHs nämlich nicht wahrgenommen.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Ich versuche mal, den Rahmen ein bisschen weiter zu ziehen. Lehrkräftemangel ist kein Problem speziell in NRW, sondern ein internationales, was deutlich wird, wenn man bei Google als Suchbegriff „Teacher Shortage“ eingibt. Es gibt unheimlich viele Länder, die damit Probleme haben, insofern ist es immer schwierig – Sie hatten das Lehrerausbildungsgesetz angesprochen –, das auf einzelne Maßnahmen zurückzuführen. Abgesehen davon ist das kein Problem, bei dem wir mit kleinen Korrekturen weiterkommen, vielmehr müssen wir hier größere Räder drehen, um Erfolg zu haben.

Sie fragten, warum die Attraktivität so gering sei. – Ich denke, das können meine Kollegen hier ein bisschen besser darstellen. Wir merken aber im Zusammenhang mit dem Ausbildungscurriculum, dass die Belastung der Lehrkräfte im Beruf deutlich zugenommen hat und dass vom Kerngeschäft, das viele so anspricht, also Fördern und Unterrichten, im Prinzip wenig übriggeblieben ist.

(Kopfnicken von Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Wir schütten Lehrkräfte mit Sonderaufgaben zu. Diese sind alle sinnvoll, das will ich überhaupt nicht infrage stellen, aber in der Praxis führt das dazu, dass Lehrkräfte nicht das machen können, was sie wirklich interessiert.

Gerade in der Primarstufe hat die Anhäufung der Aufgaben deutlich zugenommen. An Grundschulen, die ja im Endeffekt Gesamtschulsysteme sind, kumulieren sich viele Probleme, die es bei anderen Schulformen, insbesondere an Gymnasien, in dieser Form nicht gibt. Insofern brauchen wir eigentlich gerade im Grundschulbereich die

Besten der Besten, die aber bekommen wir nicht, indem wir sie schlechter bezahlen – das ist ziemlich sicher.

Einen weiteren Punkt möchte ich anbringen, um einen Impuls zu setzen: Wir müssen darüber nachdenken, innovative Konzepte einzuführen. Eines der innovativsten Konzepte, das ich persönlich kenne, über das aber sehr heterogen diskutiert wird, ist das des Teaching Assistant. Das ist ein internationales Konzept, mit dem man versucht, den Lehrkräftemangel in den Griff zu bekommen, indem man den Lehrkraftberuf entschlackt bzw. schärft und somit wieder auf das Kerngeschäft zurückführt. Dafür werden viele der Nebentätigkeiten an Assistenzkräfte delegiert.

Der Lehrkraftberuf ist meines Wissens einer der ganz wenigen Berufe, der ohne irgendeine Form der Assistenz auskommt. Egal auf welches Berufsfeld man schaut, es gibt dort Assistenzberufe, nur bei den Lehrern nicht – das ist total verrückt.

(Kopfnicken von Jochen Ott [SPD])

Wir tun so, als ob man die Aufgaben, die hinzugekommen sind, einfach auf die Lehrer abladen könnte, fragen uns aber gleichzeitig: Warum macht das denn keiner? Warum ist das denn nicht attraktiv? – Das ist aus meiner Sicht absurd. Ich schlage daher vor, innovativ und insbesondere lösungsorientiert zu denken.

Sven Christoffer (Vorsitzender lehrer nrw): Sehr vieles von dem, was Herr Huber gesagt hat, beispielsweise bezüglich der Rückführung aufs Kerngeschäft, kann ich unterstützen. Es geht aber auch um das Image des Lehrkraftberufs. Junge Menschen sehen auch in ihrer eigenen Ausbildung, was Lehrkräfte heute leisten müssen. Das schafft wenig Anreize, selbst eine solche Position zu bekleiden. Insofern müssen wir tatsächlich wieder dahin kommen, dass Lehrkräfte mehr Zeit für das Kerngeschäft haben. Es braucht Entlastung, es braucht Assistenz; der Verwaltungsaufwand steigt. In Coronazeiten wird den Lehrern zudem sehr viel darüber hinaus zugemutet. Wenn ich lese, dass Lehrkräfte auch für Schnelltests verantwortlich sein sollen, kann ich kaum noch an mich halten.

Natürlich hat die Berufswahl auch mit den Verdienstmöglichkeiten zu tun. Dass der Lehrkräftemangel in der Primarstufe und der Sekundarstufe I besonders hoch ist, hängt auch damit zusammen, dass wir seit 2009 zwar eine gleichwertige Ausbildung, aber keine gleichwertige Bezahlung haben. Das Pflichtstundendeputat divergiert an den Grund-, Haupt- und Realschulen zwischen 25,5 und 28; das muss nach unten hin angeglichen werden.

Maike Finnern (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Herr Christoffer hatte gerade schon das Imageproblem angesprochen. Das ist ein Aspekt, der bereits erkannt ist; es gibt ja die Imagekampagne. Das kann man so machen, aber ich bin der festen Überzeugung, dass das nicht ausreicht, vielmehr brauchen wir eine echte Attraktivitätsoffensive für die Lehramtsberufe, insbesondere natürlich in den Bereichen Primarstufe und Sekundarstufe I.

Im Lehramt Gymnasium bzw. Gesamtschule gibt es viele Absolvent*innen, die im Moment keinen Job finden, an den Gymnasien sind wir mit 15.000 drüber; an den anderen Schulen fehlen sie hingegen. Das ist – wie Herr Professor Huber bereits sagte – ein bundesweites Problem.

(Kopfnicken von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir brauchen also wirklich eine Attraktivitätsoffensive für diesen Berufsstand. Dazu gehören meines Erachtens mehrere Dinge, unter anderem – wie bereits erwähnt – eine Senkung der Belastung. Gerade in den vergangenen Monaten ist sehr deutlich geworden, wie hoch die Belastung an den Schulen ist. Wenn man die Kolleg*innen dazu befragt, ist die Antwort doch sehr eindeutig. Das Limit ist im Moment ziemlich überschritten. Das hat sich aber über die vergangenen Jahre hinweg aufgebaut. Diejenigen, die überlegen, ob sie Lehrerin werden oder irgendetwas anderes machen wollen, bekommen das natürlich mit.

Herr Christoffer sprach bereits die Pflichtstundenzahl an. Die ist von Schulform zu Schulform unterschiedlich, hat sich aber Anfang des Jahrtausends um eine erhöht, weil die Vorgriffsstunde geblieben ist. Seitdem sind aber an den Schulen einige Aufgaben hinzugekommen, die es bis dahin nicht gab, jedenfalls nicht in diesem Ausmaß. Damit will ich überhaupt nichts gegen diese Aufgabe sagen, das ist alles sehr sinnvoll. Es geht aber nicht, dass immer mehr an den Schulen implementiert wird, ohne dass es entsprechende Ressourcen gibt. Auch wegen der Pandemie sind wir an einen Punkt gekommen, an dem es einfach nicht mehr geht und an dem wir die Pflichtstundenzahl bzw. die Belastung senken müssen. Anders wird es auf Dauer nicht gehen.

Die Bezahlung wurde schon erwähnt – ich tue es gerne ein weiteres Mal. Wir haben mit dem Master of Education und dem Referendariat die gleichen Anforderungen an die Ausbildung, aber keine gleichwertige Bezahlung. Das ist schon ein entscheidender Punkt, wenn man sich während der Beratung über die jeweiligen Karrieremöglichkeiten an Grundschulen einerseits und an Gymnasien bzw. Gesamtschulen andererseits informiert. Hier muss also auch etwas passieren.

Daniela Beihl (FDP): Auch meine nächste Frage geht an Herrn Müller. Als NRW-Koalition haben wir in der Vergangenheit immer den Standpunkt eingenommen, an der grundständigen Lehrerausbildung als Ausbildungsweg Nummer eins festhalten zu wollen. Aber wir sind uns auch bewusst, dass Quer- und Seiteneinsteiger eine sehr wertvolle Ressource für den Lehrkräftemarkt darstellen können, die wir natürlich bestmöglich nutzen wollen. Unser Ziel ist es, die Qualität der Qualifizierung für Quer- und Seiteneinsteiger zu verbessern.

Meine Frage ist, welchen Beitrag die Hochschulen leisten können, um die Qualifizierung dieses Personenkreises zu optimieren und ihnen damit etwas bessere Perspektiven im System Schule zu eröffnen.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Sie rennen offene Türen bei mir ein. Ich meine, dass man niemanden in die Klassen schicken und auf Kinder

loslassen sollte, der oder die an einer Hochschule nicht entsprechend professionalisiert worden ist. Ich stimme auch mit Ihnen überein, dass es mehr als einen Weg zur vollausgebildeten Lehrkraft gibt. Vereinfacht gesagt geht es doch letztendlich darum, geeignete und gestandene Persönlichkeiten mit Reife, Handlungskompetenz, Autorität und Souveränität als Lehrkräfte zu gewinnen. Zu diesem Ziel führen verschiedene Wege, nicht nur der – wie Sie es nannten – Ausbildungsweg Nummer eins, der sich als Standard etabliert hat.

Ich sehe insgesamt vier Wege, die in Nordrhein-Westfalen aber nur teilweise beschritten werden. Das klassische konsekutive Lehramtsstudium will keiner abschaffen – nicht einmal wir. Nur sehr schwer möglich ist in Nordrhein-Westfalen der Übergang von einem Fachbachelor in einen Master of Education. Das betrachte ich als gute Möglichkeit, um Personen zu gewinnen, aber das läuft hier derzeit nicht. Ein weiterer Weg wäre der Übergang von einem verwandten Fachmaster in den Vorbereitungsdienst. Und schließlich wäre da noch der Seiteneinstieg, der sich derzeit eher als Notlösung etabliert hat. Im Antrag heißt es, dass Letzterer keine dauerhafte Lösung darstellen könne. – Ich meine, dass das machbar wäre, wenn die Ausbildung an einer Hochschule stattfinden würde und die Qualität gesichert wäre. Das existierende System der Lehrerausbildung sollte aus unserer Sicht also nicht komplett ersetzt, aber ergänzt werden. Das ist nicht das einzige Thema, dass im Zusammenhang mit dem Lehramt bundesweit diskutiert wird.

Ein Beispiel aus einem anderen Bereich stellt das Pfarramt dar, in dem es einen ähnlichen Mangel gibt. Der Evangelisch-theologische Fakultätentag hat 2018 eine Rahmenprüfungsordnung für berufsbegleitende Masterstudiengänge für Absolventen anderer Studiengänge geschaffen. Dort setzt man also darauf, dass man die erforderliche persönliche Reife auch außerhalb eines grundständigen Theologiestudiums erlangen kann.

Falls ein bisschen anekdotische Evidenz geduldet wird:

(Heiterkeit von Vorsitzender Kirstin Korte)

Ihnen wird Paul Mikat noch ein Begriff sein, der in den 60er-Jahren hier Kultusminister war.

(Zuruf: Mikätzchen!)

Unter ihm kamen die sogenannten Mikätzchen. Ich habe in meiner Grundschule noch einen der letzten erlebt, das war unser Mathelehrer.

(Jochen Ott [SPD]: Ein männliches Kätzchen!)

– Ein Mikater; so hieß das. – Der wusste, wovon er redete. Er konnte uns immer plausibel machen, warum wir dieses oder jenes lernen mussten und sprühte vor Begeisterung. Das ist ein kleines Beispiel dafür, dass manche nicht trotz eines nicht vorhandenen Lehramtsstudiums gute Lehrer oder Lehrerinnen sind, sondern gerade deswegen.

Hätte ich mehr als drei Minuten, würde ich noch etwas zu Quereinstieg und Seiteneinstieg sagen – aber die habe ich nicht.

(Martina Hannen [FDP]: Schade!)

Vorsitzende Kirstin Korte: Wir machen ja noch ein bisschen weiter.

Jochen Ott (SPD): Immer wenn wir das diskutiert haben, wurde von der Qualität gesprochen, insofern müssen wir klären, um welchen Teil dieses Antrags es geht.

Wenn hier von „leistungsstark“ die Rede ist, stellt sich die Frage, was ein leistungsstarker Lehrer ist. Eine kleine Anekdote meinerseits: Wenn man meine Schüler in der Mittelstufe nach dem Referendar mit der Micky-Maus-Krawatte gefragt hätte, wäre die Antwort gewesen, dass er gar nicht erst anfangen müsse, zu unterrichten, weil er schon verloren habe, als er in den Klassenraum gekommen sei. – Die Schüler der 5. Klasse hingegen hätten gesagt: Das ist aber schön, dass er mit einer Micky-Maus-Krawatte kommt.

(Zuruf von Daniela Beihl [FDP])

Ich setze bei dem an, was Herr Müller gesagt hat und richte meine Frage an Herrn Müller und Herrn Professor Huber. Der Berufsschullehrerverband hat den Vorschlag gemacht – wie von Herrn Müller eben beschrieben –, den Master of Education zu nutzen, um auch anderen den Einstieg zu ermöglichen. – Ein Vertreter der Hochschulrektoren hat genau wie Frau Professor Bellenberg gesagt, dass man, wenn das Land es wolle, innerhalb von zwei oder drei Jahren für zusätzliche Absolventen sorgen könne. Dafür müsse man allerdings die herkömmliche Lehrerausbildung an den Universitäten aufbrechen, die seit 200 Jahren existiere und einzigartig sei.

Meine konkrete Frage lautet: Halten Sie es für Bereiche, in denen es extrem schwierig ist, Lehrkräfte zu gewinnen, etwa Berufskollegs oder bestimmte Fächer, für richtig, den Master of Education zusätzlich auch in dieser Form zu nutzen, um so mehr Lehrkräfte gewinnen zu können? Sehen Sie dabei eventuell auch Risiken? Sie können sich vorstellen, dass der heute nicht anwesende Verband der Philologen bei der Anhörung sofort gesagt hat: Never ever – das bedeutet Qualitätsverlust.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Das existiert ja schon. Vielleicht liege ich völlig falsch, aber meines Wissens gibt es in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit fachbezogenen Bachelorstudiengängen schon Quereinstiegsmöglichkeiten in das Lehramt für Berufskollegs. In Siegen, Wuppertal, Aachen, Münster und Paderborn gibt es wegen des herrschenden Mangels ein berufsbegleitendes lehramtsbezogenes Masterstudium. Das ist zwar jeweils anders ausgestaltet, aber prinzipiell gibt es das.

Meiner Ansicht nach könnte man das auf andere Lehrämter bzw. Fächer ausweiten. In einer der Stellungnahmen wurde sehr schön herausgearbeitet, dass man nicht nur irgendwelche Modelle und Theorien, sondern auch die Realität im Blick haben müsse. – Ich deute das so, dass man Lehrkräfte braucht, die intrinsisch motiviert sind, die wissen, wovon sie reden, die einen breiten Horizont haben und die das in die Praxis umsetzen können. Es ist eine Fehlannahme, dass das nur mit dem klassischen

Lehramtsstudium machbar sei. Für diejenigen, die sehr früh wissen, was sie wollen, passt das gut; für andere passt das weniger gut; und wieder andere werden davon nicht erreicht.

Personen, die erst irgendein Fach studieren und irgendwann merken, dass sie eigentlich auch Lehrerinnen oder Lehrer werden könnten, könnte man innerhalb von zwei Jahren haben. Dafür müsste nur auf das Fachstudium draufgesattelt werden.

In Berlin gibt es die sogenannten Q-Master-Studiengänge, also Quereinstiegsmaster. Da läuft derzeit noch die Evaluation; es gibt noch nichts schriftlich, das ist nur auf einer Tagung angedeutet worden. Vielleicht sollten Sie mit den Verantwortlichen – Professor Dirk Richter, Uni Potsdam und Professor Detlef Pech, HU Berlin – Kontakt aufnehmen. Sie untersuchen Master-of-Education-Studiengänge für Fachbachelorabsolventen mit dem Ziel der Qualifizierung für den Vorbereitungsdienst. Die ersten Ergebnisse sind sehr positiv. Kurz zusammengefasst: Es gibt keine grundlegenden Unterschiede bezüglich des Wissens und der Kompetenzen zwischen Q-Master-Studierenden und traditionellen Lehramtsstudierenden. Die Q-Master-Studierenden sind teilweise besser bei den Selbstkompetenzen; die klassischen Lehramtsstudierenden haben kein größeres Professionswissen. Ich finde das total spannend, weil mit Realdaten belegt wird, dass es funktioniert.

Es sind auch noch andere Modelle denkbar. Der ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrats Manfred Prenzel – also nicht irgendwer – hat an der TU München für den Bereich berufliche Bildung ein duales Masterstudium inklusive Vorbereitungsdienst umgesetzt. Ich halte das für ein sehr innovatives Modell. Das ist auch an der TU Berlin, der Uni Flensburg und der Uni Rostock in Planung. Dadurch, dass man den Master of Education und das Referendariat zusammen macht, beschleunigt sich das natürlich insgesamt. Das ist ein ideales Modell für Quer- und Seiteneinsteiger, gerade auch, wenn wir die Hochschulen dabeihaben wollen, um die Wissenschaftlichkeit hervorzuheben. Ich fände es sehr interessant, darüber weiter nachzudenken.

Für mich wäre der entscheidende Punkt, dass man das nicht immer nur als Notlösung fährt. Wenn man sagt „Na ja, wir haben gerade Mangel, also machen wir das mal.“ lebt man von der Hand in den Mund. Stattdessen sollte man sich sagen: Wir haben in der Regel verschiedene Wege ins Lehramt. Das sind keine Ausnahmen, sondern legitime, vollwertige Wege mit anständiger Qualifizierung und Professionalisierung sowie mit Hochschulbeteiligung, die zum selben Ziel führen, nämlich zu einer Verbeamtung und nicht nur zu einer temporären Beschäftigung. – Dann ist das attraktiv. Ich denke im Übrigen nicht, dass das die klassische Ausbildung schwächen würde, schließlich ist diese teilweise immer noch mit NC belegt, also gefragt.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Ich knüpfe hier mal an, würde das aber gerne ein bisschen differenzierter betrachten. Wenn ich das richtig verstehe, sprechen Sie grundsätzlich von einem polyvalenten Bachelor bzw. Master, mittels derer es möglich würde, zu wählen, welches Lehramt man belegt.

Wie bereits angesprochen gibt es das in Wuppertal. Dirk Richter kenne ich übrigens ganz gut, weil er mal in Wuppertal war. Die Studie bezieht sich meines Wissens vor allem auf die Lehrämter Gymnasium und Berufskolleg bzw. Berufsschule und nicht so sehr auf diejenigen, auf die ich mich jetzt fokussieren würde, nämlich Primarstufe und vielleicht noch Haupt-, Real und Gesamtschule.

Eines der Hauptprobleme eines solchen polyvalenten Masters resultiert daraus, dass in der Studieneingangsphase, also während des Bachelors, eine Sozialisation der Studierenden stattfindet, sie also für sich ein Berufsprofil entwickeln und entscheiden, was sie später machen werden. Wenn aber ein Fachstudium vorgeschaltet ist, begreifen die Studierenden sich in erster Linie als Fachwissenschaftler. Das aber wird zu einem Problem, wenn man später in einer Grundschule arbeitet, weil man da kein Fachwissenschaftler, sondern ein Pädagoge mit einem pädagogischen Auftrag ist. Wenn man das als Fachwissenschaftler angeht, wird es schwierig.

Unter großem Aufwand haben wir das in Wuppertal für die Grundschulen wieder beseitigt, haben das Problem aber noch in Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Es kommt natürlich sehr darauf an, wen man fragt. Ein Fachwissenschaftler wird sagen: Super, das sind richtige Fachwissenschaftler. – Ich aber meine, das berührt nicht den Kern der Probleme, die wir an den Grundschulen haben. Diese Lehrkräfte verzweifeln nicht im Zusammenhang mit den fachwissenschaftlichen Kompetenzen,

(Kopfnicken von Jochen Ott [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

vielmehr scheitern sie immer wieder daran, dass ihnen pädagogisches Know-how fehlt. Wenn wir Letzteres nicht von Anfang an mit dem fachwissenschaftlichen Know-how verknüpfen, bilden wir an der Praxis vorbei aus – und das sollten wir möglichst nicht tun.

Für Berufskollegs und Gymnasien finde ich es auch klug, andere Wege zu beschreiten, etwas zurückhaltender wäre ich bei Grund-, Haupt- und Realschulen. Man müsste schauen, welche Modelle hier möglich sind. Ich bin keinesfalls dafür, immer alles so zu belassen, wie es ist. Man muss neue Wege beschreiten, aber man muss das auch differenziert betrachten.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich habe die Studie von Dirk Richter auch so verstanden, dass es um Oberstufen- und BK-Bezug geht. Im Übrigen gibt es auch an Gesamtschulen und Gymnasien eine Sekundarstufe I. In jedem Fall wäre es eine fatale Ausrichtung, nicht Kinder zu unterrichten, sondern Fächer.

(Kopfschütteln und Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Ich würde gerne den Faden von Herrn Müller aufgreifen, dass man sich nicht von Notsituation zu Notsituation hangeln, sondern vielmehr systematisch etwas implementieren solle. – Wir haben hier immer wieder darüber diskutiert, dass man an die erste und zweite Phase eine dritte Phase mit Coachingprozessen angliedern sollte. Bei Kolleginnen, die gleichzeitig Studierende und Vertretungslehrkräfte sind, entfällt diese Coachingphase grundsätzlich. Seiteneinsteigerinnen brauchen ebenfalls

Unterstützung; das gilt im Hinblick auf Veränderungen genauso für gestandene, grundständig ausgebildete Lehrkräfte.

Von Herrn Huber, Herrn Müller und Frau Finnern würde ich gerne wissen, wie man solche Coachingprozesse systematisch anlegen kann. Wenn uns nämlich etwas an der Qualität der Unterrichtsentwicklung liegt, müssen die nicht gleichzeitig laufenden Eingliederungsprozesse in anderer Weise erfolgen.

Maike Finnern (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Coaching, Beratung und Reflexion sind wichtige Aspekte, die schon angesprochen wurden, aber die wir noch mehr in den Blick nehmen müssen.

Mit dem LABG aus dem Jahr 2009 ist das teilweise schon geschehen, und zwar für alle Schulformen, Lehramtsstudierende und Referendar*innen. Wir müssen aber überlegen, wie wir das anders organisiert bekommen. Die dritte Phase halte ich persönlich für einen sehr wichtigen Teil der Ausbildung, momentan findet sie aber quasi nicht statt. Diejenigen, die nach einem ordnungsgemäßen Vorbereitungsdienst auf volle Stellen an die Schulen kommen, erwartet plötzlich ein Berufsalltag mit 25,5 bis 28 Stunden Unterricht und vielen anderen Aufgaben. Das erleben viele als große Belastung.

Es gibt durchaus Ideen und Modelle zur Gestaltung der dritten Phase. Man müsste überlegen, ob sie mit der vollen Stundenzahl anfangen oder ob es eine Steigerung geben soll. Man könnte an den Schulen auch Mentorensysteme etablieren. Denkbar wäre auch, die Universitäten zu beteiligen. Es gibt viele Möglichkeiten, und man muss intensiv und ergebnisoffen darüber nachdenken.

Wenn Lehrerinnen und Lehrer 30 oder 40 Jahre in ihrem Beruf tätig sind und unterrichten, ist es enorm wichtig, dass sie reflexionsfähig und offen für neue Ideen bzw. Weiterentwicklungen sind. Es ist entscheidend, diesbezüglich schon am Beginn einer Laufbahn Impulse zu setzen.

Bei denjenigen, die über den Seiteneinstieg oder als Vertretungslehrkräfte an die Schulen kommen, findet diese dritte Phase auch nicht statt. Wir müssen diese Menschen aber unbedingt qualifizieren, und wir müssen ihnen Perspektiven eröffnen. Wir erleben immer wieder, dass sie die ersten fünf Jahre im Dienst ganz okay finden, dann aber irgendwann merken, dass sie nicht von der Stelle kommen. Es gibt für sie keine Möglichkeiten, in der Schule Karriere zu machen, außer sie nehmen lange Umwege in Kauf, wie etwa ein weiteres Studium, ein Referendariat oder OBAS. Das führt dazu, dass bei diesen Menschen die Motivation einknickt uns sie sich fragen: Warum mache ich das hier eigentlich? – Obwohl nicht so umfassend ausgebildet, arbeiten sie genauso viel wie alle anderen, kommen aber nicht weiter.

(Kopfnicken von Jochen Ott [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist ein riesiges Problem, und ich denke, es wird sogar noch größer werden, weil wir wegen des Lehrkräftemangels viel mehr Menschen an den Schulen haben, die nicht den üblichen Weg gegangen sind, sondern irgendwie dazugekommen sind. Man sollte also darüber diskutieren, wie man an den Schulen mit den

Seiteneinsteiger*innen umgeht. In der Realität gibt es gerade in den Kollegien von Schulen in herausfordernden Umgebungen viele Seiteneinsteiger*innen.

(Kopfnicken von Jochen Ott [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Dort aber kann, eben weil es dort nicht mehr so viele grundständig ausgebildete Kollegen gibt, die erforderliche Begleitung überhaupt nicht mehr gewährleistet werden. Das hat zur Folge, dass die Seiteneinsteiger*innen an diesen Schulen schon am ersten Tag ins kalte Wasser geworfen werden. Wegen der schwierigen Bedingungen und der kaum vorhandenen Unterstützung sehen sie für sich irgendwann keine Perspektive mehr. Aus dieser Spirale müssen wir sie dringend herausholen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir für Seiteneinsteiger*innen Unterstützungsmöglichkeiten in Form von Beratung, Feedback und Qualifizierung garantieren können. Diesbezüglich muss dringend etwas passieren.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Professor Huber, Sie waren schon ganz unruhig.

(Heiterkeit von Jochen Ott [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Ich war nicht unruhig, ich wollte nur einen Gedanken ergänzen; es geht auch ganz schnell. – Es gibt ein ganzes Set von schönen Studien von Anne Jordan aus Kanada. Sie hat im Zuge der dortigen Inklusionsdebatte untersucht, wie man Lehrkräfte professionalisieren kann und ist zu dem Schluss gekommen, dass es dafür nur drei Möglichkeiten gibt: Supervision, Supervision und Supervision.

In einem anderen Leben war ich sechs Jahre lang Schulpsychologe. Ich habe meine Supervision wie sauer Bier angeboten, weil alle Lehrkräfte gesagt haben: Nein, ich habe keine Probleme, ich brauche keine Supervision. – Wir haben das damals in Leverkusen übrigens kostenlos gemacht. Die Lehrkräfte, die in anderen Schulen waren, sagten häufig: Ich kann das nebenbei gar nicht schaffen. – Die Zeit, das zu machen, ist einfach nicht da.

Ich denke, wir müssen ein Verständnis dafür schaffen, dass Supervision in der dritten Phase zur Professionalität beiträgt. Jeder Job braucht Coaching und Instrumente zur Professionalisierung, und im Zusammenhang mit den Lehrkräften würde ich als entsprechendes Element die Supervision vorschlagen. Es gibt übrigens sehr viele schulpsychologische Dienste, die das kostenlos anbieten, und die man daher mit an Bord nehmen könnte, ohne Zusatzkosten zu erzeugen.

Man muss ein Bewusstsein dafür schaffen, dass das normal ist und man Entlastung bekommt, wenn man sich in ein Coaching bzw. einen Supervisionsprozess begibt. Ergänzend zu dem, was Frau Finnern gesagt hat, halte ich das für eine wichtige Stellschraube.

(Maike Finnern [Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW]: Darf ich noch zwei Sätze anfügen?)

Vorsitzende Kirstin Korte: Bitte – aber wirklich nur zwei.

Maike Finnern (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Teilweise werden Gruppen eingerichtet, um beispielsweise kollegiale Fallberatungen im Vorfeld von Supervisionen durchzuführen, aber das hält häufig nur ungefähr drei Wochen, weil dann der Vertretungsunterricht dazwischenkommt und die Zeit nicht mehr da ist. Im Alltag ist das momentan einfach nicht umsetzbar.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Ich fasse mich diesmal kürzer. Frau Finnern und Herrn Huber stimme ich zu, möchte aber ein kleine Ergänzung zu den Seiteneinsteigern machen: Dazu gibt es bundesweit viele schlechte Beispiele. Berlin zum Beispiel macht vor der Aufnahme der Unterrichtstätigkeit von Seiteneinsteigern keine mehrmonatige Vorqualifizierung, sondern einfach einen siebentägigen Crashkurs. In Mecklenburg-Vorpommern ist es meines Wissens so, dass der Kompaktkurs irgendwann dann stattfindet, wenn man vom Unterricht abkömmlich ist, was Lehrerinnen und Lehrer wahrscheinlich nie sind. So sollte man es nicht machen.

Wenn ich richtig informiert bin, ist das Vorgehen in NRW auch nicht der Weisheit letzter Schluss. Es gibt zwar Qualifizierungsmaßnahmen, nach allem, was mir bekannt ist, sind die aber nicht für alle Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zugänglich. Wenn man sich für diesen Weg entscheidet, muss man ihnen eigentlich dauerhafte Perspektiven eröffnen. Aus Schülersicht braucht man natürlich Personen, die es können. Insofern steht es für uns überhaupt nicht zur Diskussion, dass man jedem Seiteneinsteiger, jeder Seiteneinsteigerin verlässlich die Möglichkeit eröffnen sollte, daran teilzunehmen. Sachsen macht das so. Jeder, der bereit ist, die Zeit zu investieren – was wahrscheinlich jeder sein wird –, kann diese Qualifizierungsmaßnahmen in Anspruch nehmen.

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank, das waren sehr interessante Beiträge. Wenn es das Setting zuließe, würde ich am liebsten in die Diskussion einsteigen, weil ich selbst 40 Jahre an der Schule war und während meiner Schulleitungsfortbildung erlebt habe, wie wertvoll Fallberatung ist.

Ich möchte auf den Lehrkräftemangel zurückkommen. Einzelne Möglichkeiten sind hier angedeutet worden. Herr Müller hat das Konzept beschrieben, das wir früher im Staatsexamen hatten; zwar nicht eins zu eins, aber doch in diese Richtung gehend. Damals war es so, dass man Fächer zwar auf Lehramt studierte, aber schon diese Fächer studierte.

Die nervliche Belastung resultiert für viele Lehrkräfte aus Aufgaben, die zwar wichtig sind, aber nicht in direktem Zusammenhang mit Erziehen und Unterrichten stehen.

Es wurde das Ungerechtigkeitsgefühl angesprochen, das entsteht, wenn man die gleiche Ausbildung durchläuft, aber anders bezahlt wird und mehr Stunden unterrichten muss. Meine Frage lautet in diesem Zusammenhang, ob man neben den hier bereits

genannten Verbesserungsvorschlägen nicht auch über die Länge des Lehramtsstudiums für den Grundschulbereich und den Zwang, Deutsch und Mathematik studieren zu müssen, nachdenken könnte. Es gibt schließlich Untersuchungen, die besagen, dass viele der Studienabbrecher an Mathematik gescheitert seien.

Die Hyperheterogenität ist in den Klassen so ausgeprägt, dass vor allem die Grundschullehrer nicht zurechtkommen und mindestens eine oder zwei Personen zusätzlich im Klassenraum sein müssen. Ist das eine Stellschraube, an der wir drehen könnten?

Meine Fragen richten sich Herrn Professor Huber, Herrn Christoffer von Frau Finnern.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Sie haben die Länge des Studiums angesprochen. – Für das Lehramt Primarstufe beispielsweise wurde das schon angeglichen. Ich habe das so verstanden, dass Sie darüber hinaus noch eine Verlängerung …

(Helmut Seifen [AfD]: Eine Verkürzung!)

– Eine Verkürzung? Ach du lieber Himmel! Nein, nein, das würde ich auf keinen Fall machen. Derzeit haben wir acht Semester bzw. einen sechssemestrigen Bachelor und einen viersemestrigen Master, wobei manche ein bisschen schneller sind. Ich meine, dass das so genau richtig ist und würde an dieser Stellschraube nicht drehen, weil Studierende diese Zeit brauchen. Wir haben bereits über Reflexion und Berufsidentität gesprochen. Wir sollten also nicht den Fehler machen, hier etwas zu ändern. Im Übrigen würden wir dann wieder dahin kommen, dass man berechtigterweise sagen könnte: Sie sind anders ausgebildet, also können wir sie auch anders bezahlen.

(Jochen Ott [SPD]: Deshalb hat er die Frage ja gestellt! – Helmut Seifen [AfD]: Herr Ott, Sie sind ja richtig klug! – Jochen Ott [SPD]: Da müssen Sie früher aufstehen!)

Vorsitzende Kirstin Korte: Das Wort hat ausschließlich Herr Professor Huber.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen, den Sie angesprochen haben: Deutsch und Mathematik mehr oder weniger als Zwang. – Das halte ich nicht für das Problem. Dieses besteht vielmehr darin, dass das, was Primarstufenlehrkräfte im Rahmen ihrer Ausbildung an der Universität in den Bereichen Deutsch und Mathematik lernen müssen, häufig wenig Bezug zu dem hat, was sie nachher in der Praxis unterrichten. Es gibt viele Überlegungen dazu, wie man versuchen könnte, das fachdidaktisch besser zuzuschneiden, die aber zurzeit ins Leere laufen. Ich würde dazu raten, die Ausbildung an den Universitäten gerade in diesen Fächern pädagogisch besser auf das Ziellehramt zuzuschneiden. Wenn das passgenauer ist, sind die Lehrkräfte nicht enttäuscht von dem, was sie am Ende machen müssen.

(Kopfnicken von Helmut Seifen [AfD])

Ein fachwissenschaftlich interessierter Mensch, der ein bisschen Germanistik und ein bisschen höhere Mathematik lernt, wird nicht auf das vorbereitet, was er im Praktikum machen muss. Dadurch verlieren wir viele. Wir müssen den Lehrkräften bezüglich dessen, was sie am Ende erwartet, reinen Wein einschenken. Ich denke, dadurch könnten wie die Abbrecherquote senken und die Lehrerausbildung sehr viel passgenauer gestalten – das war ja ein Schlagwort des Antrags.

(Helmut Seifen [AfD]: Hyperheterogenität!)

Sven Christoffer (Vorsitzender lehrer nrw): Gerade kam noch mal das Stichwort „Hyperheterogenität“. – In der Tat haben wir diese Hyperheterogenität an den Schulen. Eigentlich spricht nichts dagegen, wir brauchen dann aber auch entsprechendes Fachpersonal, das die Lehrkräfte beim Umgang mit dieser Heterogenität unterstützt. Im Moment besteht das Problem darin, dass wir viel zu wenig Stellen bzw. Köpfe haben. Deswegen bleibt zu viel bei den Lehrkräften hängen. Natürlich haben sie in diesem Zusammenhang ebenfalls Aufgaben zu erfüllen, sie sollten das aber nicht ausschließlich und alleine stemmen müssen, auch weil die Expertise fehlt und sie beispielsweise Unterstützung von den Fachkräften der Sonderpädagogik brauchen.

Den Ausführungen von Herrn Huber schließe ich mich an und möchte nur ergänzen, dass ich es für zielführend halte, wenn Schülerinnen und Schüler in Grundschulen vor allem eine Ansprechpartnerin und eine Bezugsperson haben, nämlich die Klassenlehrerin. Da die Fächer Deutsch und Mathe einen großen Stellenwert haben, kann ich mir nur schwer vorstellen, an dieser Stellschraube zu drehen und es den Grundschullehrkräften zu ermöglichen, nur noch Mathematik oder nur noch Deutsch zu unterrichten. Dann würden wir es nämlich nicht mehr hinbekommen, den für Grundschülerinnen und Grundschüler besonders wichtigen persönliche Bezug zu gewährleisten.

Maike Finnern (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Bezüglich der Länge des Studiums schließe ich mich dem an, was Herr Professor Huber gerade gesagt hat: Diese sollten wir nicht antasten. Durch die Verlängerung der Studienzeit bzw. die Angleichung an die zehn Semester und die 300 ECTS-Punkte hat es im Grundschullehramt einen großen Schritt in Richtung Professionalisierung gegeben. Wichtig ist natürlich, wie man es füllt und dass es keine Abkopplung des Studiums von dem gibt, was hinterher passiert, vielmehr muss es hier eine enge Zusammenführung geben.

Außerdem wurde die Doppelbesetzung angesprochen.

(Zuruf)

– Na ja, aber das ist schon wichtig. Das System Schule muss so ausgestaltet und aufgestellt werden, dass es zu einem guten System für alle Schülerinnen und Schüler wird.

(Kopfnicken von Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Dazu gehört, dass man darüber nachdenkt, wie man es hinbekommen kann, mit Teams zu unterrichten. Wir haben vor vielen Jahren eine Formel aufgestellt, mittels derer kleine Klassen mit einer bestimmten Anzahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gebildet werden sollten. Das lässt sich in dieser Form nicht mehr umsetzen, aber die Richtung bleibt dieselbe: Im Prinzip brauchen wir eine durchgehende Doppelbesetzung. Wenn wir in Grundschulen gut arbeiten wollen, lohnt es sich, darüber nachzudenken, wie wir es hinbekommen können, dass eine Lehrkraft nicht allein mit 28 oder 29 Kindern ist, die jeweils unterschiedlichen Unterstützungs- bzw. Förderbedarf haben.

Claudia Schlottmann (CDU): Ich habe eine Frage, die sich an alle vier richtet, wobei ich Ihnen überlasse, wer anfängt: Wie beurteilen Sie die Anrechnung von schulischen Vortätigkeiten auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: An alle vier?)

Maike Finnern (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Ich habe das vorhin schon beantwortet.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Ich auch.

(Heiterkeit)

Sven Christoffer (Vorsitzender lehrer nrw): Ich würde für mich auch in Anspruch nehmen wollen, diese Frage schon beantwortet zu haben. – In der Praxis ist es tatsächlich so, dass eingestellte Vertretungslehrkräfte in keiner Weise vorbereitet oder begleitet werden, ihr Unterricht wird auch in keiner Weise von außen reflektiert oder nachbereitet, insofern ist das Learning by Doing.

Das funktioniert bei Talenten gut, bei weniger talentierten Menschen, die es eben auch gibt, funktioniert das weniger gut. Es schleifen sich methodisch-didaktische Schwächen ein, die unkorrigiert bleiben. Das führt dazu, dass man in der grundständigen Lehramtsausbildung viel Zeit braucht, um diese Unwuchten zu korrigieren. Ich würde es daher für äußerst problematisch halten, zu sagen, dass jemand, der schon an Schule tätig war, automatisch Vorerfahrungen bzw. Qualität mitbringt, die dazu berechtigen, das Studium zu verkürzen.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Ich bin sehr kritisch, was die Vortätigkeiten betrifft. Das hatte ich auch schon in der Stellungnahme begründet, ich möchte aber noch einen Punkt ergänzen, den wir noch nicht benannt haben: Wir bekommen an den Universitäten aktuell unheimlich viele Probleme dadurch, dass Studierende während der Ausbildung an Schulen arbeiten. Man kann das zwar begrüßen, weil sie so praktische Erfahrungen machen, aber das führt auch dazu, dass sie die Seminare bzw. Vorlesungen nicht mehr besuchen und Sprechstundentermine absagen.

(Kopfnicken von Sigrid Beer [GRÜNE] und Maike Finnern [Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW])

Als Begründung geben sie an, berufliche Verpflichtungen zu haben und an den Schulen arbeiten zu müssen. – Dann frage ich mich, was wir dort eigentlich machen. Das ist eine Entwicklung, die ich problematisch finde.

Mit der Anrechnung von Vortätigkeiten bzw. dem Versprechen, einen Bonus für das Referendariat zu bekommen, wenn man während der Ausbildung arbeitet, würden wir ein Anreizsystem schaffen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das funktionieren würde und die Studierenden das nutzen würden, aber dann haben wir ein echtes Problem mit der Ausbildungsqualität an den Universitäten.

Ich stimme Herrn Christoffer dahingehend zu, dass wir für diejenigen, die unreflektierte Erfahrungen in der Praxis machen, ohne dass diese in einem supervisorischen Kontext bearbeitet werden, im Referendariat nicht weniger, sondern mehr Zeit benötigen würden.

Jochen Ott (SPD): Es gibt Personen, die zum Beispiel aus der kirchlichen Jugendarbeit kommen und bestimmte Sachen schon gewohnt sind. Es ist aber ein Unterschied, ob man Jugendarbeit macht oder vor einer Klasse steht, und deshalb braucht es Reflexion.

Wir haben über Quereinsteiger gesprochen, und ich habe eine Nachfrage bezüglich des Bereichs der pädagogischen Berufe. Wenn jemand zehn Jahre lang einen Offenen Ganztag geleitet und sich um pädagogische Prozesse gekümmert hat, aber dann Grundschullehrer werden will, muss er trotz seiner Ausbildung ein komplettes Grundschulstudium absolvieren. Ich weiß von konkreten Beispielen aus Dortmund, dass dann nichts angerechnet wird und man mit 30 noch mal anfangen muss, zu studieren, um an eine Grundschule gehen zu können.

An die beiden Hochschulvertreter habe ich daher folgende Fragen: Müsste es nicht zumindest innerhalb des Bildungssektors Möglichkeiten der Anrechnung geben? Und wie könnte das mit Bick auf die Bedeutung der Pädagogik umgesetzt werden, ohne dass es Qualitätsverluste gibt?

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich bitte Sie herzlich um kurze Antworten.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Ich denke, dass man das differenziert betrachten muss. Ich würde Ihnen dahingehend, dass es keine Möglichkeiten gebe, nicht zustimmen, Herr Ott. Wenn an unsere Universität jemand mit einer pädagogischen Ausbildung kommt, gibt es, je nachdem was er vorher gemacht hat, Anrechnungsmöglichkeiten, die wir im Zweifelsfall sogar relativ großzügig auslegen. Die einzelnen Module können also relativ flott durchlaufen werden, sodass man nicht den kompletten Bachelorstudiengang machen muss.

(Jochen Ott [SPD]: Hängt das von Ihnen ab, oder ist das generell so?)

– Das ist nicht spezifisch für Wuppertal, sondern generell an Universitäten so. – Man kann sich bei der Studienberatung melden und sagen, was man gemacht hat, dann schauen wir uns die Vortätigkeiten an und prüfen, welche Module wir anrechnen können. Es gibt Erstsemester, die quasi im dritten Semester starten, weil sie beispielsweise die Einführung im anthropologischen Bereich wegen ihres heilpädagogischen Berufs nicht mehr benötigen.

Eine andere Möglichkeit, über die man diskutieren könnte, wären Einstellungstests. Wobei ich im Zusammenhang mit dem Lehrerberuf kein Freund davon bin, weil ich meine, dass wir dann anfangen würden, Leistungsparameter zu kreieren, die nachher nicht funktionieren. Außer der Anrechenbarkeit im Einzelfall kann ich also leider keinen wirklich klugen Gedanken beisteuern.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Wir haben es hier mit einem Paradox zu tun: Einerseits werden im klassischen Lehramtsstudium immer mehr Querschnittsthemen behandelt, und das Niveau wird immer höher, andererseits wollen wir alle durchwinken, die sich abseits dieses traditionellen Tracks bewegen. Das geht natürlich nicht, es gibt Grenzen.

Ich denke, es wäre nachvollziehbar, die Unterscheidung Herrn Professor Hubers aufgreifen: Es gibt, vor allem an Gymnasien, die eher fachwissenschaftlich motivierten Lehrerinnen und Lehrer sowie die sich eher als Pädagoginnen verstehenden Grundschullehrerinnen. Das wäre vielleicht ein Punkt, an dem man weiterkäme. Wenn gewisse Sachen nachgeholt würden, wäre das alles machbar. Aber es gibt natürlich Grenzen, schließlich wollen wir nicht jeden als Lehrerin bzw. Lehrer haben. Es muss schon qualitätsgesichert sein, für den beruflichen Alltag etwas bringen und über Jahrzehnte hinweg tragen.

Petra Vogt (CDU): Als Zwischenfazit kann man wohl festhalten, dass die meisten Anwesenden der Auffassung sind, dass die klassische Lehrerausbildung der beste und erstrebenswerteste Weg sei, da so die Qualität gesichert werde. – Ein Stück weit erstaunt hat mich die negative Beurteilung von praktischer Vorerfahrung. Vor dem Hintergrund meiner beruflichen Tätigkeit kann ich sagen, dass das für die angehenden Lehrer vielfach sehr hilfreich war, weil sie festgestellt haben, dass es etwas anderes ist, in einem Seminar an der Universität zu sitzen, als vor einer Klasse zu stehen. Sie konnten sich so ein sehr viel klareres Bild über ihren künftigen Beruf machen als diejenigen, die nur begrenzte Einsicht in Schule hatten. Diesbezüglich gibt es aber anscheinend unterschiedliche Erfahrungen.

Da wir feststellen, dass wir zwar für die klassische Lehrerausbildung sind, damit aber nicht genügend qualifizierte Lehrer bekommen, würde ich gerne erfahren, welche Maßnahmen man aus Sicht der anwesenden Experten ergreifen müsste, um für mehr Lehrer zu sorgen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Kollegin, eigentlich haben wir die Absprache, die einzelnen Fragen an jeweils maximal drei Sachverständige zu richten. Ich lasse das jetzt durchgehen, bitte aber um kurze Antworten.

Sven Christoffer (Vorsitzender lehrer nrw): Ich werde mich bemühen. – Wir müssen mittelfristig wieder vor die Lage kommen. Für mich bedeutet das, dass im Landesdienst an Schulen nur noch Menschen eingestellt werden sollten, die mindestens OBAS-fähig sind.

Ich will kurz erläutern, warum ich das für dringend erforderlich halte. Wir haben an unseren Schulen bei den Seiteneinsteigern eine Dreiklassengesellschaft.

(Kopfnicken von Maike Finnern [Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW])

Die erste Klasse besteht aus denjenigen, die OBAS-fähig sind. Aus meiner Sicht sind das diejenigen, die am wenigsten problematisch sind. Die Angehörigen der zweiten Klasse der Seiteneinsteiger haben nur ein unterrichtsrelevantes Fach vorzuweisen, können also lediglich die PE durchlaufen, an deren Ende natürlich nicht das zweite Staatsexamen steht. Frau Finnern hatte bereits darauf hingewiesen, dass damit jegliche Karrierechancen verbaut sind. Abgesehen davon gibt es zwischen OBAS- und PE-Ausbildung natürlich eine deutliche qualitative Abstufung. Die dritte Klasse der Seiteneinsteiger besteht aus denjenigen, die jahrelang befristet waren und deren Verträge dann auf dem Klage- oder Antragsweg entfristet wurden. Es ist erst seit wenigen Jahren möglich, dass auch diese Kolleginnen und Kollegen an der PE teilnehmen. Das ist aber nicht, wie bei der zweiten Klasse, zwangsläufig so, sondern findet nur auf Antrag statt, außerdem können dem dienstliche Gründe entgegenstehen. In Einzelfällen wird diesen Kolleginnen und Kollegen also selbst die PE verweigert.

Wir müssen aus meiner Sicht alles dafür tun, durch eine Vorqualifizierung an den Universitäten einen Standard zu gewährleisten, der dazu führt, dass Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger OBAS-fähig sind, sobald sie an den Schulen beginnen, damit sie am Ende des Tages eine grundständige Lehramtsausbildung erhalten können.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Meiner Ansicht nach wäre es das Wichtigste, Fachabsolventen Entry Points für affine Fächer zu eröffnen.

Maike Finnern (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Für mich sind zwei Punkte wichtig: zum einen die Attraktivitätssteigerung und zum anderen die vernünftige Qualifizierung von Seiteneinsteiger*innen für eine – in Anführungszeichen – ordentliche Laufbahn. Auf beides sind wir angewiesen, wenn wir kurzfristig mehr Lehrkräfte einstellen wollen.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Die angesprochenen Masterstudiengänge halte ich für eine sehr gute Idee. Das wäre ein Schritt, den ich anvisieren würde.

Die Angleichung des Gehalts würde den Job, gerade im Grundschulbereich, deutlich attraktiver machen.

Werbung für den Lehrerberuf macht vor Studienantritt sicherlich Sinn; mit der von Frau Finnern angesprochenen Imagekampagne wäre das eine runde Sache.

Eine Quelle, aus der wir nicht schöpfen, sind die Männer, gerade für die Grundschulen. Für sie müssen wir den Job ein bisschen transparenter machen und aufzeigen, was sie zu erwarten haben und was sie erreichen können.

(Kopfnicken von Maike Finnern [Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW] – Heiterkeit von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir müssen den Zuschnitt erweitern.

Vorsitzende Kirstin Korte: Gut, dass wir hier auch etwas für die Gleichstellung tun.

Helmut Seifen (AfD): Eine Frage noch, die sich auf das Referendariat bezieht: …

Vorsitzende Kirstin Korte: Bitte kurz.

Helmut Seifen (AfD): Ich mache es so kurz wie die anderen. – Wir haben das Praxissemester eingeführt, damit das Referendariat verkürzt werden kann. Als Schulleiter habe ich im Unterricht häufig Referendare eingesetzt. Sie fehlen jetzt zum Teil. Für sechs Wochen kommen sie in die Schule, dann machen sie neun Stunden BdU. Das ist eine wahnsinnige Herausforderung.

Ich habe einen möglicherweise etwas paradox anmutenden Vorschlag und frage Sie, Frau Finnern, Herr Christoffer und Herr Professor Huber, wie Sie dazu stehen: Das Praxissemester wird erstens abgeschafft, und das Referendariat mit BdU wird zweitens auf zwei Jahre erhöht, damit man die Kollegen nach ihrem Examen einsetzen kann. In bestimmten Fällen wird die Möglichkeit des Verkürzens bzw. Vorziehens eingeräumt.

Maike Finnern (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Wir haben vorhin darüber diskutiert, dass das Studium zumindest früher viel an Praxis vermissen ließ. Hinsichtlich dieses Aspekts ist das Praxissemester eine enorme Errungenschaft, weil es erfahrungsgemäß die Verknüpfung zwischen Studium und Praxis bringt. Das Praxissemester ist so angelegt, dass es im Alltag viel mehr Reflexion gibt. Das führt zu einer deutlichen Verbesserung in der Lehramtsausbildung, und deshalb sollte es ganz klar beibehalten werden. Bei uns wird sogar darüber diskutiert, ob das Referendariat nicht trotzdem wieder zwei Jahre dauern sollte.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Ich würde das Praxissemester nicht abschaffen, aber ich würde es optimieren. Hintergrund ist, dass die Studierenden

unglaubliche Schwierigkeiten haben, das Praxissemester in dieser Zeit überhaupt zu schaffen.

(Helmut Seifen [AfD]: Eben!)

Eines der Probleme ist, dass viele von ihnen nebenbei Geld verdienen müssen. Man kann natürlich darauf verweisen, dass das ein Vollzeitstudium sei. Aber es funktioniert in der Regel für die Studenten nicht, gleichzeitig ihren Lebensunterhalt zu verdienen und für ungefähr ein halbes Jahr Vollzeit in die Schulen zu gehen.

(Kopfnicken von Maike Finnern [Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW])

Da gibt es dann keine Reflexion mehr. Es müsste die Möglichkeit geben, das bei gleicher Stundenzahl auf zwei Jahre oder ein Jahr auszudehnen.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Dann hätte man am Ende mehr gewonnen, als wenn man das Praxissemester einfach abschaffen würde. Insgesamt sagen die Studierenden nämlich: Wenn ich einmal drin bin und die Zeit habe, finde ich es richtig gut. – Ich würde es also nicht abschaffen. Das Referendariat sollte mindestes 18 Monate dauern, wobei ich dazu tendieren würde, es ausweiten – aber das ist ein anderes Thema.

(Helmut Seifen [AfD]: Das hatte ich doch gefragt!)

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank – Herr Müller.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH): Ich bin nicht gefragt worden.

Vorsitzende Kirstin Korte: Entschuldigung, dann habe ich es falsch aufgeschrieben. Aber Herr Christoffer hat den Finger schon am Abzug.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich habe mich an die Regeln gehalten!)

Sven Christoffer (Vorsitzender lehrer nrw): Ich habe mich eben gegen eine Verkürzung des Referendariats ausgesprochen – bezüglich einer Verlängerung wäre ich offener. Wobei es hier und heute natürlich darum geht, wie die Lehrkräfteversorgung an den Schulen sichergestellt werden kann. In Zeiten, in denen wir so massiv unterbesetzt sind, wäre eine Verlängerung des Referendariats natürlich kontraproduktiv.

Die Praxissemester sollten wir auch aus meiner Sicht nicht abschaffen, auch wenn es da sicherlich noch Optimierungsbedarf gibt. Auf eine Sache möchte ich in diesem Zusammenhang aufmerksam machen: Wir haben bei der Verteilung der Studierenden auf die Schulen eine massive Unwucht. Universitätsnahe Schulen melden teilweise, dass sie mit Praxissemesterstudierenden geflutet würden, während Schulen im ländlichen Bereich kaum Studierende für Praxissemester gewinnen können.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich will Herrn Huber eben nicht so verstanden haben, dass wir die Attraktivität des Grundschullehramts nur steigern müssten, weil wir jetzt Männer bräuchten. – Das kann ich aus frauenpolitischen Gründen natürlich nicht stehenlassen, aber das haben Sie sicherlich auch nicht so gemeint.

(Kopfschütteln von Prof. Dr. Christian Huber [Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education]: Das war nicht der Hintergrund!)

– Genau. – Wir werden an den Schulen noch lange die Notsituation haben, dass Vertretungsunterricht erforderlich ist und dafür auf Lehramtsstudierende zurückgegriffen werden muss. Wie kann man das, was Sie beschrieben haben, zusammenführen?

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung in der School of Education): Ich meine, dass wir das nicht verhindern können, aber Studierende können davon unter bestimmten Bedingungen auch profitieren. Eine dieser Bedingungen ist, die Qualität, die wir im Referendariat beispielsweise durch die ZfsLs gewährleisten, auch an den Universitäten zu haben. Das ist zwar nicht so ohne Weiteres möglich, man könnte aber zum Beispiel überlegen, den Studierenden supervisorische Angebote zu unterbreiten, im Rahmen derer fach- und bildungswissenschaftliche Inhalte mit den in den Schulen gemachten Erfahrungen abgeglichen werden. Das könnte man, vielleicht sogar leistungspunkteneutral, ins Studium integrieren. Derartige Angebote gibt es meines Wissens aber momentan an keiner Universität. Sie sind deshalb nicht so einfach zu implementieren, weil man dafür einen gewissen Ausbildungshintergrund braucht. Wenn man das aber noch für ein paar Jahre als Übergangskonstrukt bräuchte, sollte man an den Universitäten darüber diskutieren, wie man das kurzfristig und praxisnah ermöglichen könnte.

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich bin mir sicher, dass wir noch weitere Fragen an Sie hätten, wenn mehr Zeit zur Verfügung stünde. Da diese aber begrenzt ist, danke ich Ihnen nun im Namen des Ausschusses herzlich für das Fachwissen, das Sie uns haben zuteilwerden lassen. Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit. Kommen Sie gut nach Hause, und bleiben Sie gesund.

Abschließend weise ich darauf hin, dass wir uns im Ausschuss voraussichtlich am 21. April 2021 abschließend mit diesem Thema befassen werden.

(Allgemeiner Beifall – Kurze Unterbrechung)

2 Sachstand zu Dienstanweisungen an Schulleitungen in Pandemiezeiten – wie viele Schulleitungen wurden in die jeweiligen Bezirksregierungen vorgeladen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4343

Im Hinblick auf die Kommunikation mit vom Infektionsgeschehen besonders herausgeforderten Schulen möchte **Jochen Ott (SPD)** etwas über den Ablauf der Gespräche zwischen Bezirksregierung und Solinger Schulen erfahren. Habe man Schulleitungen einbestellt? Und wenn ja: Was sei besprochen worden, und auf was habe man sich verständigt?

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) bestätigt, dass der Schulleiter einer Solinger Gesamtschule von der Bezirksregierung zu einem Beratungsgespräch eingeladen worden sei, wobei sie dessen Inhalt nicht kenne.

Sigrid Beer (GRÜNE) möchte wissen, ob es zutreffe, dass Schulleitungen, die sich in den Medien zu ihren Möglichkeiten, digitalen Distanzunterricht durchzuführen, geäußert hätten, angewiesen worden seien, das künftig zu unterlassen.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) gibt an, von einer solchen Anweisung nichts zu wissen.

StS Mathias Richter (MSB) findet es wenig überraschend, dass angesichts der vielen neuen Herausforderungen derzeit viele Fragen dazu aufkämen, wie der Schulbetrieb vor Ort konkret ablaufe: Wie gehe man mit Hygiene- bzw. Infektionsschutzmaßnahmen um? Wie werde der Unterricht organisiert, wenn weniger Lehrer als sonst zur Verfügung stünden? Welche Möglichkeiten gebe es, Schülerinnen und Schüler in Quarantäne zu beschulen?

Trotz aller bereits verbreiteten Informationen stelle es daher eine Selbstverständlichkeit dar, dass Schulleitungen Beratungen in Anspruch nähmen. Das gelte insbesondere dann, wenn Überlegungen öffentlich bekannt würden, die nicht im Einklang mit den nordrhein-westfälischen Vorgaben zum Unterrichtsbetrieb unter Coronabedingungen stünden. Den oberen Schulaufsichtsbehörden, also den Bezirksregierungen, komme die ureigene Aufgabe zu, mit den betreffenden Schulleitungen Kontakt aufzunehmen und Gespräche zu führen – wobei man in diesem Zusammenhang nicht wie Jochen Ott (SPD) von „einbestellt“ sprechen könne.

Mit dem Solinger Schulleiter Andreas Tempel habe man ein solches Gespräch geführt und sei zu einer konstruktiven Lösung hinsichtlich einer schrittweisen Rückkehr in den Präsenzunterricht gekommen. Andreas Tempel habe im Übrigen von großen

Problemen bei der Umsetzung des Solinger Modells berichtet, da der Hybridunterricht nur in Teilen praktikabel gewesen sei.

Sigrid Beer (GRÜNE) stimmt ihrem Vorredner dahingehend zu, dass man öffentlichen Äußerungen Andreas Tempels entnehmen könne, dass das Gespräch angenehm gewesen sei und zu Vereinbarungen geführt habe. – Es gehe aber um die Frage, ob es Ansagen an Schulleitungen gebe, mit Medienvertretern nicht mehr über Unterrichtsoptionen zu sprechen. Wie beurteilten Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) und StS Mathias Richter (MSB) in diesem Zusammenhang das Schreiben der Bezirksregierung Münster, in dem Kommunikationsempfehlungen abgegeben würden? Stimmten sie zu, dass durch die zumindest unglücklichen Formulierungen bei Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen der Eindruck erzeugt werden könne, dass die tatsächliche Lage an den Schulen schöngeredet werden solle?

Jochen Ott (SPD) fragt, ob man im MSB die Auffassung vertrete, dass die Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten über ausreichend Handhabe verfügten, um in der aktuellen Lage beratend tätig werden zu können und wüssten, was sie mit den Schulleitungen besprechen dürften.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) bittet darum, ihr nähere Informationen zu den erwähnten Ansagen zukommen zu lassen, da sie davon nichts wisse.

Zur Handreichung der Bezirksregierung Münster möge man sich an ihre bereits gemachte Aussage erinnern, dass es sich um unglückliche Formulierungen handle. Seitens der Pressestelle der Bezirksregierung Münster gebe es aber eine Klarstellung gegenüber den Schulleitungen vom 23. November 2020:

> „Sehr geehrte Damen und Herren,
>
> mit Datum vom 16. November 2020 hatten wir Ihnen ein ‚Handout für Schulleitungen: Merkblatt Corona-Kommunikation Schule‘ zugesandt. Bei einigen Empfängern/innen hat diese Handreichung wohl zu Irritationen geführt, was wir sehr bedauern.
>
> Zu diesem Sachverhalt stellen wir Folgendes klar:
>
> Anlass für diese Handlungsleitlinie war für die Pressestelle der Bezirksregierung Münster die Nachfrage vieler Schulleitungen bei uns nach einer Kommunikationsberatung und schriftlichen Hinweisen.
>
> Es ist uns sehr wichtig, deutlich zu machen, dass wir großen Respekt vor Ihrer Arbeit in den Schulen – gerade in dieser Pandemie-Zeit – haben und wissen, dass Sie Ihre Schule gut nach außen vertreten. Vor diesem Hintergrund war es auch weder unsere Absicht, Ihnen vorzuschreiben, was Sie nach außen über Ihre Schule kommunizieren sollen, noch, dass Sie die Situation in Ihrer Schule nach außen anders darstellen sollen, als sie tatsächlich ist.

> Wir bedauern, dass unsere gut gemeinte Absicht nicht deutlich geworden ist."

Die Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten wüssten, was sie zu tun hätten und wie sie es zu tun hätten. In den fraglichen Gesprächen gehe es beispielsweise um folgende Sachverhalte: Ein Eilbeschluss einer Schulkonferenz zur Einführung des Tragens einer Alltagsmaske im Unterricht oder die Durchführung von Lehrerkonferenzen in Präsenzform.

StS Mathias Richter (MSB) erklärt, dass es jede oder jede zweite Woche Telefonkonferenzen der Abteilungsleitungen des MSB mit den Leitungen der Abteilungen 4 der Bezirksregierungen gebe. In einer der wenigen noch stattfindenden Präsenzveranstaltungen besprächen sich zudem die Leitungen der Abteilungen 4 der Bezirksregierungen mit allen Dezernenten. Ein solches Gespräch mit allen Bezirksregierungen habe erst in der vergangenen Woche stattgefunden, und es sei natürlich vor allem um den Schulbetrieb während der Coronapandemie und um damit einhergehende Unklarheiten aufseiten der oberen Schulaufsicht gegangen. Derartige Unklarheiten gingen mit den derzeitigen schnellen Entwicklungen naturgemäß einher, schließlich gebe es ständig neue Vorgaben, die zu Fragen sowohl an die Schulaufsicht als auch an die Lehrkräfte führten.

Bei einer Grundschule in Münster, deren Vertreter sich sehr kritisch geäußert hätten, habe man die Verhältnisse vor Ort in Augenschein genommen, um dann im Gespräch zu klären, was man unternehmen könne, um der Schule zu helfen. Es treffe also nicht zu, dass man über die obere Schulaufsicht versuche, Kritik einzufangen.

Jochen Ott (SPD) begrüßt das von seinem Vorredner geschilderte Vorgehen, empfindet aber folgenden Sachverhalt als problematisch: Unabhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Landesregierung könne man seit Jahren beobachten, dass die organisatorische Aufteilung der Schulaufsicht auf fünf Regierungsbezirke und die damit einhergehende Unterschiedlichkeit der Verantwortlichen und Vorgehensweisen dazu führe, dass einzelne Schulaufsichtsbeamten den Bogen überspannten.

Auch wenn er sich damit bei denjenigen, denen er einst möglicherweise wieder unterstellt werde, nicht beliebt mache, müsse er Folgendes klarstellen: Es könne nicht angehen, dass Ministerin Yvonne Gebauer (MSB), StS Mathias Richter (MSB) und er selbst sich zu rechtfertigen hätten, aber bestimmte Personen das nicht tun müssten. Zusammenfassend könne man daher festhalten, dass Schulleitungen Kritik äußern und auf Schwierigkeiten hinweisen dürften und die Schulaufsicht eine entsprechende Verantwortung trage. In einer Demokratie müsse der wichtige Austausch zwischen den einzelnen Ebenen gewährleistet werden.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) gibt ihrem Vorredner recht und ergänzt, dass man viel konstruktive Kritik erhalte, aus der man etwas lernen könne. Sollte es Fehlverhalten von Bezirksregierungsvertretern geben, müsse man dem nachgehen.

3 Sachstand zum Unterricht in Förderschulen in Pandemiezeiten – welche Herausforderungen wurden an das MSB herangetragen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4359

Jochen Ott (SPD) möchte erfahren, ob es ein Monitoring der Schwierigkeiten gebe, die sich für Kinder und Jugendliche durch den Wegfall von Therapien während des ersten Lockdowns bzw. deren Einschränkungen nach den Sommerferien ergeben hätten. Experten wiesen nämlich darauf hin, dass es im Zusammenhang mit bestimmten Therapien zu sehr problematischen Situationen gekommen sei. – Gebe es dazu in Kooperation mit den beiden Landschaftsverbänden entstandene Erhebungen, aus denen man grundsätzliche Erkenntnisse für die Zukunft ziehen könne?

Sigrid Beer (GRÜNE) findet die sofort erfolgte Intervention bezüglich der Inklusionsfachdienste wichtig, da derartige Angebote Kindern und Jugendlichen auch zu Hause rechtlich zustünden.

Mit Blick auf die Betreuungsangebote an den Tagen vor Weihnachten müsse man fragen, warum sich das auf Kinder und Jugendliche aus den Förderschwerpunkten GE und KME beschränke und wie es mit dem Gemeinsamen Lernen in der Sekundarstufe I aussehe. Wieso gebe es hier keine Regelung analog zu den Förderschulen? Im Zusammenhang mit dem Förderschwerpunkt ESE könne es im Hinblick auf die häusliche Förderung bzw. die familiäre Umgebung gegebenenfalls zu Konflikten kommen, weshalb die betroffenen Familien besondere Entlastung bräuchten.

Welche der noch einmal umgeswitchten Ferienmaßnahmen befänden sich im Bereich der sonderpädagogischen Unterstützung auf dem Weg, und wie würden diese angenommen?

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) verspricht ihrer Vorrednerin, die Zahlen zu den Ferienmaßnahmen nachzuliefern.

Hinsichtlich der Betreuungsangebote bezüglich körperlicher und geistiger Entwicklung an den beiden Tagen vor Weihnachten habe man entsprechend nachgelegt und sich dabei an der Nachfrage bei der Notbetreuung vor den Sommerferien orientiert. Man werde prüfen, ob man auch Plätze für den Förderschwerpunkt ESE anbieten könne. Um es den Schulen einfach zu machen, gestalte sich der Zugang niederschwellig, da die Eltern, anders als zu Beginn, keine systemrelevanten Berufe nachweisen, sondern nur Betreuungsbedarf geltend machen müssten. Da die Rückmeldefrist noch bis Anfang des Monats laufe, wisse man noch nichts Abschließendes zur Resonanz; möglicherweise könne man die Gruppe erweitern.

Jochen Ott (SPD) erinnert daran, dass der Landtag beschlossen habe, dass Beamtinnen und Beamte fünf zusätzliche Betreuungstage in Anspruch nehmen könnten. Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf seien schon vor den Sommerferien hinsichtlich der für die Betreuung aufzubringenden Urlaubstage an ihre Grenzen gestoßen. Glücklicherweise habe man den Ausfall bzw. die Reduzierung der Fahrdienstleistungen, auf die insbesondere Haushalte mit zwei Berufstätigen zwingend angewiesen seien, verhindern können. Welche Möglichkeiten gebe es, den betroffenen Eltern – und das meine nicht nur Beamte und Beschäftigte im Landesdienst – hinsichtlich der Woche vor Weihnachten zielgerichtet zu helfen?

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) versichert, zu prüfen, was man für diese Eltern, die Herausragendes leisteten, tun könne. Das gelte auch für das Monitoring, da man sich sehr für die Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen interessiere.

4 Sachstand zu Unterricht in Pandemiezeiten – Wie steht es um die Prüfungsvorbereitungen für die zentralen und dezentralen Abschlussprüfungen in allen Schulformen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4342

Jochen Ott (SPD): Ich habe am Montagabend zufällig „hart aber fair“ gesehen. Das war interessant, weil da eine Schülerin aus Nordrhein-Westfalen war.

(Ministerin Yvonne Gebauer [MSB]: Oberhausen!)

Wie wir an den Antworten gesehen haben, ist es bundesweit unterschiedlich. Die Schülerin konnte ja nicht wissen, was Sie in Ihrem Bericht schreiben, aber sie hat genau das in ihrer Antwort als zu wenig charakterisiert. Sie sprach davon, dass man Shakespeare in drei Präsenz- und mehreren Distanzstunden behandle und dass die Klausuren wegen der zusätzlichen Tage – die wir richtig finden, und denen wir zugestimmt haben – relativ schnell danach anstünden. – Sie war als Topschülerin, die ein Spitzenabitur anstrebt, eingeladen worden, macht sich aber Sorgen, dieses Ziel nun nicht erreichen zu können, da die Bedingungen anders sind und hinsichtlich der Aufgaben des Zentralabiturs nicht klar ist, ob der Stoff von allen im gleichen Umfang durchgenommen worden ist.

Darüber haben wir hier schon häufiger diskutiert. Meine Frage lautet, ob Sie der Auffassung sind, dass das, was im Bericht steht, ausreicht, um den guten und allen anderen Schülern die Möglichkeit eröffnen zu können, ein Abitur zu machen, das mit dem voriger Jahrgänge halbwegs vergleichbar ist.

Helmut Seifen (AfD): Ich will nicht anmaßend sein, Frau Ministerin, aber ich könnte die Frage von Herrn Ott damit beantworten, dass das, was hier steht, meiner Ansicht nach nicht ausreicht. Ich unterstelle niemandem, dass er nicht guten Willens sei, aber wir wissen, dass im Sommer in der Q1 viele Stunden ausgefallen sind und man die Inhalte zweier Leistungskurse und zweier Grundkurse unmöglich nachholen kann. Auch die Abiturprüfung im vierten Fach stellt hohe Anforderungen, und man kann nicht einfach sagen, dass es nur drei Fächer seien. Außerdem ist die Stundenzahl nicht gerade üppig bemessen. Alle Lehrer und Lehrerinnen stöhnen, dass sie zu wenig Stunden hätten.

Das kann unmöglich nachgeholt werden, beim besten Willen nicht. Man muss sich also folgende Frage stellen: Was kann man unternehmen, damit die Schüler nicht Dinge ausbaden müssen, die sie nicht zu vertreten haben? Es gibt in der Q1 obligatorische Inhalte, und man müsste beim Abitur hinsichtlich der Prüfungsanforderungen und Prüfungssettings irgendetwas unternehmen.

Leider sind es zentrale Prüfungen. Hätten wir noch Prüfungen wie früher, könnten die Kollegen sich darauf einstellen und die Aufgaben an ihre Lerngruppen anpassen. Das aber geht bei zentralen Prüfungen nicht – und das betrachte ich mit großer Sorge.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich kann für uns sagen, dass der Bericht nur den derzeitigen Stand widerspiegeln kann und dass das, was uns bevorsteht – und worüber wir gleich sicherlich noch intensiv miteinander diskutieren müssen – noch nicht absehbar ist. Wie wird sich das Unterrichtsgeschehen im Zuge der Coronapandemie insgesamt entwickeln? In den „tagesthemen“ wurde gestern sehr treffend gesagt, dass die bisherigen Maßnahmen der Politik gescheitert seien. – Ansonsten würden wir auch nicht über so viele Tote und derartig steigende Infektionszahlen, die wir auch nicht herunterkriegen, diskutieren. Das muss Auswirkungen auf den Umgang mit Schule haben – dazu werden wir gleich noch kommen.

Daher meine ich, dass es zu kurz gedacht ist, sich allein auf die Prüfungsvorbereitungen zu konzentrieren. Inwieweit überlegen Sie, über die individuelle Gestaltung von Lernzeiten insgesamt neu nachzudenken? Damit beziehe ich mich sowohl auf die sich noch in G8 befindlichen Jahrgänge als auch auf den Unterrichtsausfall bzw. die Unterrichtsintensität sowie die individuellen Lernvoraussetzungen. Wie sollen Schulen damit umgehen? Gibt es einen rechtlichen Rahmen, um Aspekte wie Versetzungen oder freiwilliges Verbleiben zu regeln? Wann können wir mit einer Vorlage rechnen, die den Schulen Rechtssicherheit gibt?

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Wie Sie, Frau Beer, richtig sagen, handelt es sich um einen Sachstand, der in Abhängigkeit zum Pandemiegeschehen steht. Natürlich müssen wir permanent darauf achten, wie sich das Geschehen entwickelt, da das natürlich Auswirkungen auf den Schulbetrieb hat. Eine Verlängerung der Weihnachtsferien nach hinten etwa – es kursieren ja alle möglichen Gerüchte – hätte natürlich Auswirkungen auf den Unterrichtsbetrieb und damit auch auf die Stoffvermittlung.

Ich habe immer gesagt, dass wir so lange wie möglich den Präsenzunterricht aufrechterhalten wollen, weil wir wissen, dass so am besten Stoff vermittelt bzw. gelernt werden kann. Das wiederum ist Voraussetzung für die anstehenden Prüfungen.

Wir haben im Haus schon Arbeitsaufträge vergeben, zum Beispiel die große Frage der Versetzung betreffend; auch an der Rechtssicherheit im Nachhinein arbeiten wir. Dabei stehen wir in einem engen und permanenten Austausch mit den Schulleitungen sowie meinen Ministerkolleginnen und -kollegen, da in diesem Zusammenhang natürlich überall die gleichen Fragen beantwortet werden müssen. Dieser permanente Austausch erfolgt im Rahmen der Amtschefkonferenz und der Kultusministerkonferenz. Sobald wir Ihnen wegen des Pandemiegeschehens weitere Maßnahmen darlegen müssen, werden wir das tun. Wir sind nicht blauäugig und lassen alles einfach laufen, vielmehr wird bei uns im Haus an allem gearbeitet, was mit Prüfungen zusammenhängt.

Im vergangenen Jahr sind wir gut durch die Prüfungen gekommen, das gilt sowohl für die ZP 10 als auch für das Abitur. Das Hauptaugenmerk liegt nun auf diesem Jahrgang,

weil die Schülerinnen und Schüler mehrfach nicht am Unterricht teilnehmen konnten. Der vorige Jahrgang hatte ein Halbjahr in Gänze, das ist diesmal nicht der Fall. Wir brauchen Varianten, weil wir den Schülern dieses Jahrgangs versprochen haben, dass ihnen bei ihren Abschlüssen durch das Pandemiegeschehen keine Nachteile entstünden.

Jochen Ott (SPD): In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ gab es einen kritischen Artikel, der sich – ich betone das, damit sich niemand aufregt – an alle Bildungsminister und die Kultusministerkonferenz richtete. Ich zitiere:

> „Sie geben sich den Anschein, als würden sie gegen irgendeinen mächtigen Gegner tapfer für das Recht auf Bildung und den Wert des Schulunterrichts streiten. … Doch diese Suggestion ist gleich doppelt trügerisch. Zum einen gibt es gar keinen Gegner, der das Recht auf Bildung und den Wert des Schulunterrichts in Zweifel zieht. Zum anderen haben die Kultusminister in diesem Jahr selber kaum etwas getan, um diesem Recht und diesem Wert in ihrem eigenen Verantwortungsbereich Geltung zu verschaffen.“

Dann wird ausgeführt, dass das Ideal des so wie immer weiterlaufenden Unterrichts als „Regelbetrieb“ bezeichnet werde und dass von „Beschulung“ die Rede sei, wenn es um die Weitergabe von Bildung gehe; weiter heißt es, dass die Gefährdung der Schüler eine Erweiterung des Bildungsbegriffs erfordere.

Selbst wenn ich nicht alles teile, was da kritisiert worden ist, will ich anmerken, dass im Plenum und in den Ausschusssitzungen immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass Sie mit Vorschlägen kommen müssen, weil es nicht durchzuhalten ist. Der Hinweis, dass der derzeitige Abiturjahrgang schwerer betroffen ist als der vorige, ist mehrfach diskutiert worden. Deshalb wundere ich mich, dass wir wieder in die Situation kommen, hinterherzulaufen und nicht zu antizipieren.

Ich hätte mir bis vor einem dreiviertel Jahr nicht vorstellen können, das zu sagen, weil er mir eigentlich immer zuwider war: Aber der bayerische Ministerpräsident zeigt im Moment wie man eine eigene mit einer inhaltlichen Agenda verbindet und so vorrausschauendes Agenda Setting betreibt. Man muss das nicht alles teilen, aber es wäre mir lieb, wenn wir in Nordrhein-Westfalen, als das Land mit den meisten Schülerinnen und Schülern in Deutschland, in dieser Frage Agenda Setting betreiben würden, anstatt auf die Kultusministerkonferenz zu warten. Wir müssen Antreiber sein und uns fragen: Wie könnte es gehen?

Im vergangenen Jahr haben wir erlebt, wie die christdemokratische Bildungsministerin des kleinen Bundeslands Schleswig-Holstein versuchte, voranzugehen, aber dann landesweit und parteiübergreifend – zack! – einen mitbekommen hat. Ich würde mir sehr wünschen, dass man in Nordrhein-Westfalen vorher überlegt und nicht erst, wenn es zu spät ist.

Ich habe den Bericht für die SPD-Fraktion auch deshalb angefordert, weil wir darauf hinweisen wollen, dass dieses Schuljahr kein normales Schuljahr ist. Wir wissen das alle, also braucht es kreative Lösungen. Wir werden vom Zentralabitur nicht abrücken

können, weil es an vielen Schulen keine Personen mehr gibt, die jemals ein eigenes Abitur organisiert haben. Das ist also kein Weg, den man gehen kann – das haben wir im vergangen Jahr schon diskutiert. Aber die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleitungen müssen dringend rechtzeitig wissen, wie es weitergeht. Sie haben im vergangenen Jahr von der Hand in den Mund gelebt. Wegen der Pandemie mussten sie in den vergangenen Monaten flexibel sein und ständig umswitchen. Es kann nicht sein, dass wir das wieder erst im März machen.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute schon einen Ausblick darauf bekommen hätten, auf was man sich dann einstellen kann bzw. was denkbar wäre. Man muss politisch gemeinsam dahinterstehen, weil die Schülerinnen und Schüler, die Abitur gemacht haben, darauf angewiesen sind, dass es bezüglich des Abschlusses 2021 einen breiten Parlamentskonsens gibt, damit sie nicht am Ende die Doofen sind. Sie selbst empfinden das nämlich so und schreiben uns das auch.

Es gibt auch Ideen zu G9. Man müsste die Frage stellen, ob man den Schülerinnen und Schülern anbietet, ein Jahr dranzuhängen; trotz all der Folgen hinsichtlich der Konnexität bzw. der Kommunen und des dann entstehenden Drucks. All diese Dinge muss man politisch miteinander diskutieren, anstatt zu warten, bis es soweit ist und dann mit Vollgas vor die Wand zu fahren.

Vor Weihnachten ist nichts da. Ich erwarte von dieser Landesregierung, dass sie spätestens Anfang Januar ein Konzept dazu vorlegt, wie das gehen kann. Es darf nicht wieder so sein, dass Bundesländer, in denen die Situation anders ist und die andere Herausforderungen haben, uns sagen, wie es geht. Nordrhein-Westfalen stellt die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, und deshalb haben wir als Land eine besondere Verantwortung. Wir sind bereit, Sie zu unterstützen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben gesagt, dass das in Arbeit sei. – Ich hätte mir gewünscht, dass das in dem Bericht dargelegt worden wäre und wir hier nicht wieder erfragen müssen, ob etwas in Arbeit sei. Deswegen frage ich Sie ganz konkret, ob wir im Januar mit der Vorlage eines Konzepts rechnen können, das umfängliche Folgenabschätzungen und Lösungsvorschläge enthält und einen Rechtsrahmen aufzeigt, über den wir im Ausschuss beraten können.

So geht es jedenfalls nicht. Wir sehen eine Dynamisierung des Geschehens, weshalb es mich bass erstaunt, dass wir nachfragen müssen, was in Arbeit sei und wann was komme. Das kann es nicht sein. Für die Schulen, die Eltern, die Schulleitungen, die Kollegien und die Schülerinnen und Schüler ist es äußert dringend, weshalb wir hier kein Frage-Antwort-Spiel veranstalten können, nur damit irgendwann etwas kommt.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich habe eigentlich immer die Auffassung vertreten, dass es Konsens sei, dass wir am Präsenzunterricht, der gerade im Zusammenhang mit den Prüfungsvorbereitungen von besonderer Wichtigkeit ist, festhalten wollten. Er ist aus meiner Sicht der beste Garant dafür, sich auf Prüfungen vorbereiten zu können.

(Frank Börner [SPD]: Der findet doch einfach nicht statt! Den gibt es gar nicht!)

Ich bin wie gesagt eigentlich davon ausgegangen, dass zumindest das hier Konsens sei. Ich sehe auch nicht, inwiefern wir hier einer Entwicklung hinterherlaufen würden.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Zwei Welten!)

Wir haben einen ausführlichen Bericht, in dem viele Möglichkeiten unter anderem zu folgenden Aspekten dargestellt worden sind: Terminverschiebungen, fachliche Vorgaben, Kompetenzerwartungen, zusätzliche Auswahlmöglichkeiten für die Lehrkräfte, vielleicht auch für die Prüflinge, bereits bestehende Bewertungsspielräume. Ich will jetzt nicht den ganzen Bericht vortragen, aber ich hatte zwischendurch den Eindruck, als hätten Sie in dem Bericht nur leere Seiten vorgefunden. Das Gegenteil ist der Fall, und deswegen bin ich wirklich verwundert, dass hier ein solcher Eindruck erweckt werden soll. Ich weiß nicht, ob das wieder irgendeiner Stimmungsmache dienen soll.

Ich war außerdem überrascht, dass der bayerische Ministerpräsident angeführt wurde. Das ist auch zwischen Thomas Kutschaty und Sebastian Hartmann ein Spielchen: Je nachdem, was Herr Söder gerade sagt und wem es im Kampf um den Landesvorsitz der SPD nützt, wird er hier und da zitiert. Ich finde nicht, dass es für den fachlichen Austausch in unserem Schulausschuss zielführend ist, Markus Söder zu zitieren.

Ich fand es richtig, dass Sie, Herr Kollege Ott, gesagt haben, dass wir nicht vom Zentralabi abweichen würden. – Das ist eine Diskussion, die wir beim vorigen Mal geführt haben und bezüglich derer wir eine gemeinsame Linie verfolgen. Ansonsten habe ich aber nur gehört, was alles nicht gehe; der einzige Vorschlag bestand in der Maximalforderung, dass alle ein Schuljahr wiederholen bzw. dranhängen sollten. – Sie haben selber eingeräumt, dass das nur schwer umzusetzen wäre, weshalb das auch nicht die Lösung für dieses Problem sein wird.

Es wird Schelte betrieben, aber ich sehe das komplett anders. Es gibt immer auch die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu machen, aber bis auf einen, der wohl nicht ernst gemeint war, habe ich keinen gehört. Wenn sich das ändern sollte und Sie eigene Vorschläge machen wollen, die über das hinausgehen, was hier heute berichtet wurde bzw. im Ministerium erarbeitet wird, können wir uns zusammensetzen und darüber sprechen. Dieses Angebot möchte ich machen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Realitätsverweigerung!)

Frank Börner (SPD): Es ist interessant, dass Sie, Frau Müller-Rech, nachdem wir hier einige Monate diskutiert haben, doch noch überlegen, unsere Vorschläge einfach mal zur Kenntnis zu nehmen.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Freuen Sie sich doch darüber!)

Was Sie eingangs sagten, hat mich motiviert, mich zu Wort zu melden. Sie sprechen von Präsenzunterricht – der aber effektiv nicht überall stattfindet, wie Frau Ministerin im Hinblick auf anstehende Prüfungen gerade eingeräumt hat. Man kann nicht von einem durchgehenden Unterricht sprechen, wahrscheinlich mag es ihn irgendwo

geben, aber an vielen Stellen gibt es ihn eben nicht. Vor einem Monat haben Sie sehr lautstark gefragt: Wieso macht ihr unser Präsenzunterrichtssystem kaputt? – Jetzt sind wir in einer Situation, in der noch weniger Präsenzunterricht stattfindet, weil immer mehr ausfällt, und sei es nur deshalb, weil Lehrer in Quarantäne sind.

Ich war am Montag in einer Schule und habe mir angeguckt, wie es aussieht, wenn 25 Personen in einem kleinen Raum sitzen und frieren. Da kann natürlich Unterricht stattfinden, aber das würden wir auf Grundlage der Arbeitsstättenverordnung nicht durchgehen lassen, das wäre nicht erlaubt. Sie aber sagen, dass es immer noch irgendwelche Formen von zuverlässigem Präsenzunterricht gebe. – Es gibt sie nicht, und die Ministerin hat es eingeräumt.

(Martina Hannen [FDP]: Gucken Sie sich doch die Zahlen an!)

Wir sollten auf den Boden der Tatsachen zurückkehren, anstatt in einem Elfenbeinturm zu sitzen und so zu tun, als ob die Realität uns nichts angehe.

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich sage jetzt nichts zur Coronabetreuungsverordnung.

Jochen Ott (SPD): Die Exekutive hat in unserem System eine bestimmte Verantwortung. Ich gehe davon aus – und das ist kein rhetorisches Geplänkel, sondern ernst gemeint –, dass das Ministerium und die Beamten in der Lage sind, die Optionen nicht nur aufzuschreiben, sondern auch abzuwägen. Ich meine außerdem, dass es, wie bei anderen prekären Themen auch, zielführend wäre, entweder die Regierungsbeamten zu den Fraktionen zu schicken oder ein gemeinsames Gespräch zu ermöglichen, um abwägen zu können.

Über diese Frage könnte man gemeinsam entscheiden, wenn man das wollte. Seit März ist es aber nicht mehr vorgesehen, das in einem gemeinsamen Diskurs zu machen. Deshalb sage ich, dass diese Regierung jederzeit auf uns zukommen kann. Ich habe im Plenum schon gesagt, dass Sie uns natürlich brauchen werden. Sie brauchen das Parlament, und Sie brauchen beschleunigte Verfahren. Die Frage ist aber, warum wir Ihnen helfen sollten, wenn Sie in keiner Weise bereit sind, uns einzubeziehen. Deshalb, Frau Müller-Rech, ist das kein Angebot. Ein Angebot wäre es, wenn die Regierung sagen würde: Ja, wir sprechen in dieser wichtigen Frage mit dem Parlament. Wir sprechen miteinander, und wir überlegen, was zu tun ist.

Natürlich braucht es konkrete Ideen. Selbstverständlich wäre es sinnvoll, bei den Lehrerinnen und Lehrern der Oberstufenkurse, die ins Abitur gehen, jetzt anzufragen, welche Themen sie bearbeitet haben. Auf dieser Grundlage könnte man bis März einen erweiterten Aufgabenpool für alle Fächer schaffen. So hätten die Lehrerinnen und Lehrer ein deutlich höheres Maß an Auswahlmöglichkeiten und könnten sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler die Inhalte auch behandelt haben. Lehrerinnen und Lehrer können das nämlich am besten beurteilen. Das wäre zum Beispiel eine denkbare Option. Nichtsdestotrotz meine ich weiterhin – und da sind sich alle Experten im Beamten- und Schulrecht, die sich bisher dazu geäußert haben, einig –, dass es für

den Fall von Klagen nach dem Abitur natürlich relevant ist, was an Unterricht stattgefunden hat, weil die Gerichte im Zweifel auch danach entscheiden werden.

Vor diesem Hintergrund ist es also keine Maximalposition, auf eine verlängerte Schulzeit hinzuweisen, sondern eine der Optionen, die man abwägen muss. Darüber und über die Aufgabenpools kann man im Plenum bzw. der Öffentlichkeit politisch diskutieren. Man kann aber auch, wie es in Krisenzeiten eigentlich angemessen wäre, in einem Diskurs zwischen Parlament und Regierung abwägen, wie man mit der Situation umgeht.

Ich habe Söder nur aus einem Grund – alles andere sind Nebelkerzen, die mir egal sind – als Beispiel gebracht: NRW steht in der Verantwortung, vorne mitzuspielen, anstatt hinterherzulaufen. So einfach ist das. Als Nordrhein-Westfalen müssen wir den Ton angeben, weil kleinere Bundesländer mit weniger Schülern, nicht so differenziertem Aufbau und niedrigeren Infektionszahlen andere Interessen verfolgen – das haben wir doch schon gesehen. Umso wichtiger ist, dass das größte Bundesland mit den meisten Schülern vorneweg geht, wenn eine Vereinheitlichung hergestellt werden kann.

Es ist nicht populistisch, darauf hinzuweisen, dass das, was in diesem Bericht steht, aus Sicht der Schülerinnen und Schüler und der meisten Lehrkräfte nicht ausreichend sei. Außerdem wird die Zeit knapp, insbesondere dann, wenn man tatsächlich vorhat, ein halbwegs ordnungsgemäßes Abitur durchzuführen. Deshalb ist es höchste Eisenbahn, und heute wurde eine Chance verpasst.

Helmut Seifen (AfD): Wir befinden uns hier in einer Endlosschleife, die von Grünen und SPD immer wieder neu durchlaufen wird. Ganz ehrlich: Das ist ein bisschen enervierend. Das hat mit Problemlösung nichts zu tun, das ist Schauspiel, das ist Krawall. Sie verunsichern die Menschen, die sowieso schon bis in die Haarspitzen verunsichert sind.

(Lachen von Frank Börner [SPD])

Es bringt auch nichts. Sie haben doch hoffentlich zugehört, als aus dem Ministerium die Zahlen dazu, wie es um die Infektionen steht, bekannt gegeben worden sind. Es werden immer nur Infektionen genannt, statt positiv Getesteter, Infizierter und Erkrankter. Zu unserer Freude hält sich das in Grenzen – Gott sei Dank! Das begrüßen wir doch alle. Aber Sie reden so, als ob sämtlicher Schulunterricht ausfallen und kein Präsenzunterricht stattfinden würde. Das ist nicht redlich. Sie wollen hier nur Ihr Süppchen kochen.

Noch einmal: Die AfD-Fraktion spricht sich deutlich dafür aus, dass am Präsenzunterricht festgehalten wird. Persönlich bin ich auch dagegen, die Ferien zu verlängern. Es gibt keinen Grund dafür.

(Lachen von Frank Börner [SPD])

Ein Distanzunterricht kann das einfach nicht leisten, das hat sich doch jetzt gezeigt. Es liegt nicht daran, dass es nur an Computern oder an sonst irgendetwas fehlen würde;

es liegt daran, dass Verstehensprozesse über die Distanz nicht so gelingen können, wie bei Anwesenheit in einer Lerngruppe, in der man Dinge klären kann.

Ich denke, dass im Ministerium, in den Bezirksregierungen und in den Schulen genügend Menschen sind, die das bedenken, aber ich möchte es trotzdem sagen: Erstens weiß jeder, der hier sitzt, dass Prüfungen, die abgenommen werden, rechtssicher sein müssen. Zweitens man kann Schüler nicht für etwas verantwortlich machen, was sie nicht zu verantworten haben. Unterricht ist ausgefallen, und Distanzunterricht ist kein Unterricht, den man mit Präsenzunterricht gleichsetzen kann. Deswegen müssen drittens Prüfungsformate so gewählt werden, dass die Jahrgangsstufe 9/2 im Hinblick auf die ZP 10 und das zweite Halbjahr der Q1 anders berücksichtigt werden.

Wir haben vier Abiturfächer. Ich weiß nicht, ob man es den Schülern ankündigen kann. Man würde den Rechtsrahmen möglicherweise verlassen. Aber man müsste bedenken, dass bei den schriftlichen Prüfungen, die zentral gestellt werden, das entsprechende Halbjahr der Q1 nicht eine solche Rolle wie sonst spielt. Dann kann der Kollege oder die Kollegin dieses Halbjahr für das vierte Fach immer noch stärker berücksichtigen.

Man könnte sagen, dass das ein Vorteil gegenüber allen anderen Abiturienten sei, die noch kommen oder schon dagewesen sind. Aber in diesem Fall würde ich sagen, dass die jetzigen Q2er so viel auszustehen gehabt haben, dass man ihnen entgegenkommen kann. Das wäre quasi ein Nachteilsausgleich, den man hier anlegen könnte, und Nachteilsausgleich sind rechtssicher. Das würde ich sowohl für die ZP 10 als auch für das Abitur nachdrücklich vorschlagen, ansonsten empfände ich es den Schülern gegenüber unfair. Halten Sie im Übrigen bitte am Präsenzunterricht fest, und lassen Sie sich nicht von Grünen und SPD vor sich hertreiben.

Sigrid Beer (GRÜNE): In einem Punkt will ich dem Kollegen Ott ausdrücklich zustimmen: Es geht nicht, mit zwei Argumentationslinien zu arbeiten. Man kann nicht einerseits sagen, dass man im Geleitszug mit der KMK fahre und entsprechende Maßnahmen einbinde und andererseits sagen, dass die KMK sich nach dem richte, was man so fortschrittlich angedacht habe. – Das muss man schon zusammenbringen. In der Tat muss Nordrhein-Westfalen sein Gewicht geltend machen und im Sinne der Schülerinnen und Schüler vorausdenken.

Heute früh – ich habe mir die Karte sehr genau angeguckt – liegen zwölf Städte bzw. Landkreise bei einer Inzidenz von über 200 oder kurz davor; drei weitere sind auf dem Weg zu den 200. Das war heute früh die Lage in Nordrhein-Westfalen.

Was die Zahlenbasis angeht, Frau Kollegin Hannen: Wir reagieren auf die Infektions- und Quarantänezahlen bundesweit und rufen Lockdownmaßnahmen aus. Dass die notwendig sind, sieht man, wenn man sich die derzeitigen Fall- und Todeszahlen anschaut. An der Stagnation der Infektionszahlen erkennt man, was für erhebliche Infektions- und Quarantänevorsorgemaßnahmen wir an unseren Schulen in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen haben. Das ist nicht zu vernachlässigen und keine Größenordnung, bei der man sagen könnte, dass wir durchgehenden Präsenzunterricht

hätten. Das ist löchrig wie ein Schweizer Käse wegen der besorgniserregenden Zahl von Infektionen in Schulen und der Quarantänemaßnahmen. Dadurch, dass sich so viele junge Menschen auf den Weg zu den Schulen machen, haben wir schon dort Infektionsrisiken.

Ich bin trotzdem bei Ihnen, dass wir so viel Präsenzunterricht wie möglich gewährleisten sollten, aber wir müssen das mit dem Infektionsschutz zusammenzubringen. Ich finde die Äußerungen seitens der Leopoldina bei einem Punkt sehr unglücklich, weil sie vom Aussetzen der Schulpflicht gesprochen haben. Darum kann es uns nicht gehen, und dem würde ich eindeutig widersprechen. Aber es geht um Präsenzpflicht und Wechselmodelle. Das müssen wir heute miteinander besprechen; das hat weitreichende Folgen, die in den Tagesordnungspunkt mit hineinspielen. Es werden schon allein wegen der derzeitigen Realität hinsichtlich des Präsenzunterrichts Fragen aufkommen. Er ist nämlich eben nicht durchgängig und wird immer wieder von Quarantänephasen an Schulen unterbrochen, von denen ganze Jahrgänge, manchmal auch die gleichen, betroffen sind. Wie erfolgt dann die Leistungserbringung bzw. die Leistungsbewertung? Wir haben bei der Überarbeitung der APO hier über die ungleichen Bedingungen bei der Leistungserbringung im Distanzunterricht gesprochen. Das alles ist beiseite gewischt worden, und das holt uns jetzt ein.

Ich kann nur dringend darum bitten, im Januar diese Vorlage zu erhalten, die all diese Dinge miteinbezieht und flexible Regelungen für eine Schulzeitverlängerung innerhalb der Sek. I und der Sek. II vorsieht. Außerdem müssen Öffnungen, individuelle Lernzeiten, Leistungserbringungen und natürlich Aufgabenformate und Aufgabenpools miteinbezogen werden. Alles andere wäre eine Verlängerung der Fahrlässigkeit. Das kann so nicht sein. Darüber müssen wir dringend miteinander reden und dann hoffentlich eine gemeinsame Beschlussfassung hinbekommen.

Eine weitere Frage, die sich stellt: Was passiert jetzt ganz aktuell? Das, was die Leopoldina vorgelegt hat, ist kein Scherz, vielmehr wird das überall ernst genommen. Der Ministerpräsident hat heute verkündet, dass das ab Heiligabend ziehe. – Was bedeutet das konkret hinsichtlich der Empfehlungen der Leopoldina, die Auswirkungen auf all das haben, was wir hier gerade miteinander besprechen. Was bedeutet das für die Schulen in Nordrhein-Westfalen ab dem 14.? Da geht es nämlich nicht nur um einen Lockdown – oder wie auch immer man es nennen will – nach den Feiertagen, sondern auch um die Empfehlung zur Aussetzung von Präsenzpflicht und um die Empfehlung von Wechselunterrichtsmodellen.

Damit würde ich jetzt gerne zum nächsten Punkt überleiten.

Vorsitzende Kirstin Korte: Nein.

Sigrid Beer (GRÜNE): Das erscheint mir dringend, und es gehört zusammen, weil es Auswirkungen hat. Wir sollten uns jetzt nicht an diesem Punkt festbeißen. Die Forderung lautet: Bitte berichten Sie uns, und legen Sie uns im Januar etwas vor. Jetzt müssen wir dringend darüber reden, worauf die Schulen sich für Montag einstellen sollen. Die Lage ist ernst.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Beer, da stimme ich Ihnen zu. Ich habe aber mit dem Kopf geschüttelt, weil es noch eine weitere Wortmeldung gab und ich diesen Tagesordnungspunkt natürlich nicht abschließe, ohne dass die Ministerin das Wort gehabt hätte.

Martina Hannen (FDP): Ich möchte das Wort ergreifen, weil Sie, Herr Ott, permanent falsche Dinge wiederholen, die deswegen aber noch lange nicht wahr werden. Sie erzählen uns den ganzen Morgen lang, dass wir als das Bundesland, das die meisten Schülerinnen und Schüler hat, immer hinterherrennen würden. – Gleichzeitig kommt dann aus anderer Richtung die Behauptung, dass wir zweigleisig fahren würden, wenn wir mit der KMK sprechen.

Tatsache ist – und das müssen auch Sie zur Kenntnis genommen haben, Herr Ott – dass wir gerade in der letzten Zeit mit der KMK gefahren sind, aber dennoch massiv Akzente gesetzt haben – und das, Frau Beer, ist eben keine Zweigleisigkeit. Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass wir gerade in letzter Zeit das große Glück hatten, dass die Kultusministerkonferenz das mit Schülerinnen und Schülern am meisten gesegnete Bundesland durchaus ernst genommen hat, und dass man uns in vielerlei Hinsicht gefolgt ist. Das betrifft insbesondere den Unterricht und die Unterrichtsgestaltung in den vergangenen Wochen und Monaten. Ich finde es unmöglich, wie Sie die Dinge um 180 Grad drehen.

Sie haben es in diesem Sommer vortrefflich geschafft, Schülerinnen und Schüler im Vorfeld von Abschlüssen permanent in Angst und Schrecken zu versetzen. Diese Schülerinnen und Schüler sind heute unglaublich stolz, sehr dankbar und zufrieden, dass sie ihre Abschlüsse haben machen können. Jetzt fangen Sie im Dezember des gleichen Jahres wieder damit an – ich meine sowohl Grüne als auch SPD –, einen Abschlussjahrgang absichtlich in Angst und Schrecken zu versetzen.

(Zuruf von Frank Börner [SPD])

Sie suggerieren, dass es keine Chancen und Möglichkeiten gebe und dass das eine verlorene Situation sei. – Das finde ich extrem fahrlässig, und das wird der Situation in keiner Weise gerecht. An Ihrer Stelle würde ich häufiger über den Begriff „Redlichkeit“ nachdenken, denn das, was Sie tun, ist den Schülerinnen und Schülern gegenüber unredlich und hinsichtlich der Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, nicht hilfreich.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich nehme gerne das auf, was die Ministerin in der vorigen Sitzung gesagt hat, und will es präzisieren, liebe Frau Hannen. Dadurch, dass Abiturprüfungen durchgeführt worden sind, waren die Schulen belegt. Sie waren blockiert, blockiert durch diejenigen, die Prüfungen abgelegt haben. Das ist der Punkt, und deswegen konnten bestimmte Jahrgänge vor den Sommerferien nur noch tageweise unterrichtet werden. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis. Sie haben es so entschieden, aber daraus ergeben sich Folgen.

Wie bereits gesagt wurde, sind die Jahrgänge, die jetzt vor dem Abitur stehen, durch das, was damals nicht stattgefunden hat und durch aktuelle Unterrichtsausfälle und

Quarantänen doppelt belastet. Mit der Situation müssen wir jetzt umgehen, und darüber würde ich gerne gleich diskutieren. Angesichts der aktuellen Situation müssen wir nämlich wissen, was ab nächster Woche tatsächlich passiert.

Vorsitzende Kirstin Korte: Das weiß keiner.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich hoffe, dass wir das jetzt hören.

Vorsitzende Kirstin Korte: Nein, Frau Beer, wir diskutieren weiter.

(Heiterkeit von Sigrid Beer [GRÜNE])

Frank Börner (SPD): Frau Hannen, ich habe am Montag mit einer Schulklasse gesprochen. Ich hatte das Thema „Abschlussprüfungen“ nicht auf dem Schirm und habe es nicht angesprochen. Seit dieser Stunde habe ich es aber auf dem Schirm, weil die Schüler mir erzählt haben, dass Unterricht nicht ausreichend stattfinde und sie in Sorge seien, ob sie die anstehenden Prüfungen schaffen könnten. – Wenn man die Prüfungen dann doch besteht, wie im frühen Sommer geschehen, ist man natürlich glücklich und stolz. Aber wenn man davorsteht, sieht, was fehlt und das nicht nachholen kann, ist es schwierig.

Das Problem des nicht zuverlässig stattfindenden Unterrichts hatte ich vor einem Monat schon angeführt: Mal findet etwas statt, dann fällt etwas aus. Keiner hat etwas vorbereitet für den Distanzunterricht, also fällt er einfach aus. Vielleicht gibt es ab und zu ein Arbeitsblatt, das ist dann schön, wenn es keins gibt, ist das Pech. Eine Woche später findet dann wieder ein bisschen Unterricht statt, im Zweifel erteilt durch einen Vertretungslehrer. Es findet kein kontinuierlicher Unterricht statt. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen und die entsprechenden Folgen sehen. Es ist nicht so, dass die Schüler alle draußen herumlaufen, glücklich sind und sagen: Unser Präsenzunterricht läuft prima, und wir können supertoll dem Unterricht folgen. In den Schulbussen haben wir genug Platz, es ist alles prima, wir können uns nicht anstecken. – Das, was Sie beschreiben, ist nicht die Realität da draußen. Selbst wenn es nur im Ruhrgebiet nicht so ist, muss man für das Ruhrgebiet eine Regelung finden, um etwas zu machen.

Es ist eine völlig andere Situation da draußen. Sehr überrascht hat mich bei den Schülern, dass sie nicht da sitzen und Angst haben, sich zu infizieren. Sie sind vielmehr sehr gefasst und versuchen, das Beste aus ihrer Situation zu machen, aber sie haben nicht die Mittel, um da erfolgreich durchzukommen. Wenn nächste Woche wieder Unterricht ausfällt, weil ein Lehrer in Quarantäne geht, dann findet dieses Fach bis zu den Ferien nicht statt. Vielleicht gibt es eine Vertretung im Januar – keiner weiß es, und keiner weiß verlässlich, welcher Stoff jetzt vermittelt werden kann. Das ist es, was ich hier vor einem Monat schon einmal gesagt habe. Wir bzw. die Landesregierung scheitern in beiderlei Hinsicht: Es wird kein vernünftiger Unterricht erteilt, und die Gefährdung an den Schulen ist ständig präsent.

Wir sehen es an den Coronafallzahlen: Die Landesregierung ist beim gesamten Coronathema gescheitert. Das muss man einsehen, jetzt einen Neustart machen und sagen: Wir versuchen, vernünftig voranzugehen. – Man kann nicht so tun, als sei man der tolle Landesvater und sagen: „Ich erlaube euch mal ein bisschen mehr und mal ein bisschen weniger“, wenn gleichzeitig die Zahlen immer weiter steigen. Das kann so nicht weitergehen. Da hilft keine Arroganz, und es hilft auch nicht zu sagen: Wir kümmern uns nicht um die Realität. – Wir müssen stattdessen endlich in der Realität ankommen und Maßnahmen ergreifen, um voranzukommen und die Zahlen deutlich herunterzubekommen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Geschätzter Kollege Börner, ich habe Verständnis dafür, dass Sie uns hier von Ihrem Schulbesuch erzählen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir auch Schulbesuche machen bzw. in Kontakt mit Schulen stehen. Wir haben durchaus im Kopf, dass die Situation im Land höchst unterschiedlich ist, dass die Situation in jeder Stadt unterschiedlich ist und dass die Situation in jeder Schule unterschiedlich ist. Deswegen ist die schulscharfe Betrachtung der Infektions- und Quarantänelage immer noch richtig.

Lassen Sie uns also bitte nicht von einem einzelnen Schulbesuch eine landes- oder sogar bundesweite Strategie ableiten. Das ist der falsche Weg. Wir kommen beim nächsten Tagesordnungspunkt zu den aktuellen Zahlen. Ich möchte Sie bitten, die zur Kenntnis zu nehmen und eben nicht von einer Schule auf die Gesamtlage im Land zu schließen. Das wäre für unseren sachlich-fachlichen Diskurs unabdingbar.

Vorsitzende Kirstin Korte: Da wir uns jetzt hinreichend ausgesprochen haben, hat nun die Ministerin das Wort. Ich hoffe, dann den Tagesordnungspunkt abschließen zu können, denn wir haben noch ein bisschen was auf der Agenda.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Ob damit der Tagesordnungspunkt abgeschlossen wird, kann ich nicht sagen, …

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich hoffe es.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): … aber einiges würde ich gerne anmerken und vielleicht auch richtigstellen. Lieber Herr Ott, ich schaue mir Herrn Söder sehr genau an. Sie sprachen davon, dass er eine inhaltliche Agenda habe. – Er hat bestimmt viel, aber von Inhalten ist Herr Söder mit dem, was er tut, weit entfernt.

(Heiterkeit von Jochen Ott [SPD])

Das sind Ankündigungen, und wenn man genauer nachfragt – was ich bei meinem Ministerkollegen Piazolo gerne und häufig tue –, dann ist da nicht viel.

Zu Frau Prien: Es waren nicht die Kolleginnen und Kollegen der Kultusministerkonferenz, sondern es war die eigene Landesregierung, die Frau Prien an dieser Stelle zurück…

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Grünen hätten mitgezogen!)

– Bitte?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Grünen hätten mitgezogen!)

Es war die Landesregierung, die am Ende des Tages so entschieden hat. Es war ein Vorstoß von Frau Prien, aber die Landesregierung hat anders entschieden – auch das gehört zur Wahrheit dazu. Da wir gerade beim Thema „Wahrheit“ sind: Ich hatte vergangene Woche im Schulausschuss schon gesagt, dass ich die Formulierung von Ihnen, liebe Frau Beer, dass die Abiturienten die Schulen „blockiert“ hätten, sehr, sehr unglücklich finde.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das habe ich heute nicht gesagt, Frau Ministerin! – Franziska Müller-Rech [FDP]: „Belegt“ ist aber auch nicht viel besser!)

Vorsitzende Kirstin Korte: Entschuldigung, jetzt hat die Ministerin das Wort, die Kollegen hatten reichlich Gelegenheit.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): In der vergangenen Woche war es „blockiert“. – Ich möchte dazu aber sagen, dass die Situation eine andere war.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Vorsitzende Kirstin Korte: Sigrid!

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Damals ging es um den Abstand von 1,5 m. Deswegen konnten wir nicht alle Schülerinnen und Schüler in die Schulen bekommen und mussten die Klassen teilen. Diese Klassenteilungen haben dazu geführt, dass wir die Schülerinnen und Schüler nicht so oft beschulen konnten. Natürlich kamen die Abiturienten hinzu, aber sie allein waren nicht die Ursache dafür, dass die Schülerinnen und Schüler nicht in ausreichendem Maße beschult werden konnten. Das lag vielmehr an der Abstandsregel, die wir zum damaligen Zeitpunkt hatten, und die in den meisten Fällen zu einer Halbierung der Klassen geführt hat. Ich finde, an der Stelle muss man ehrlich sein bzw. die Dinge richtigstellen.

Außerdem muss man ein bisschen abschichten. Wir können uns hier im Ausschuss zum Infektionsgeschehen an den Schulen verhalten. Dafür fragen wir permanent die Zahlen ab und legen sie Ihnen auch vor. Ich betreibe hier und heute in Bezug auf das Infektionsgeschehen im Bundesland keine Kaffeesatzleserei. Das gilt auch für die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin und das, worauf sie sich, wann auch immer in dieser Woche, verständigt. Das kann ich nicht, und das mache ich nicht. Das hat seine eigene Dynamik. Es ist richtig, dass wir uns dazu im Nachgang verhalten müssen. Aber ich werde als Schul- und Bildungsministerin jetzt nicht dazu sprechen, wie sich die MPK bei ihrem voraussichtlichen Treffen am Ende dieser Woche verhalten wird.

Leopoldina: Ich erwarte von einer Akademie der Wissenschaften, die die Bundesregierung, die Gesellschaft und die Politik berät – das sage ich ganz deutlich –, dass sie sich im Vorfeld Gedanken darüber macht, was Präsenzpflicht und was Schulpflicht sind. Wenn sie allen Ernstes sagt, wir sollten die Schulpflicht aussetzen, dann habe ich mit dieser Akademie der Wissenschaften ein großes Problem.

(Beifall von Franziska Müller-Rech [FDP], Martina Hannen [FDP], Daniela Beihl [FDP] und Helmut Seifen [AfD])

Man kann kaum ermessen, wie eine solche Formulierung in der Öffentlichkeit aufgenommen wird.

Herr Seifen, ich muss auch Ihnen widersprechen. Sie haben gesagt, dass man Distanzunterricht nicht als gleichwertig zum Präsenzunterricht betrachten könne. – Doch, das können wir. Dafür haben wir extra eine Rechtsverordnung geschaffen, die hier verabschiedet worden ist. Sie diente als Vorsorge für das, was uns erwartet.

(Zuruf von Frank Börner [SPD])

Man kann und muss das an dieser Stelle so tun.

Zu den Zahlen, Herr Börner: Natürlich – auch das habe ich immer wieder gesagt – gibt es Schulen, an denen es ein erhöhtes Infektionsgeschehen gibt. Diese Schulen haben dann auch Probleme, den Präsenzunterricht sicherzustellen. Dass diese Schulen die Möglichkeit hätten, in ein Wechselmodell zu gehen, habe ich ebenfalls immer wieder betont und gesagt, dass dann gemeinsam mit der Bezirksregierung beraten werde. Wenn der Präsenzunterricht, weil es wegen des Infektionsgeschehens nicht mehr genügend Lehrkräfte an der Schule gibt, nicht sichergestellt werden kann, kann diese Schule in ein Wechselmodell gehen; das geschieht auch bereits.

Natürlich haben wir Schulen, an denen es aufgrund des Infektionsgeschehens nicht so gut funktioniert. Ich möchte aber auch betonen, dass wir viele Schulen haben, an denen es trotz nach wie vor widriger Umstände bezüglich des Unterrichtsgeschehens – Mütze, Schal, Pullover und Handschuhe – gut funktioniert. Wenn von linker Seite, während wir hier über die Zahlen sprechen, der Kommentar „Glaubt kein Mensch“ kommt, dann weiß ich nicht, was wir noch tun sollen.

Wir fragen die Zahlen jede Woche direkt bei den Schulen ab: Wie ist das Infektionsgeschehen bei euch? Wie viele Lehrkräfte sind im Präsenzunterricht einsetzbar? Wie viele Schülerinnen und Schüler sind vor Ort? Ich vertraue diesen Zahlen. Wen, wenn nicht die Schulen, sollte ich auch sonst fragen? Sie werden mir bestimmt keine geschönten Zahlen liefern – ich zumindest kann mir das nicht vorstellen.

(Jochen Ott [SPD]: Wen meinten Sie mit „linker Seite“?)

Vorsitzende Kirstin Korte: Nicht Sie.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Es kam der Einwurf „Glaubt kein Mensch“, als es um die Zahlen ging. Ich benenne hier jetzt keine Person, aber es kam von linker Seite …

(Jochen Ott [SPD]: Wir waren das nicht! – Lachen – Jochen Ott [SPD]: Wir sind die linke Seite, aber wir haben das nicht hereingerufen!)

– Okay, na gut.

(Jochen Ott [SPD]: Darauf lege ich Wert!)

Ich spreche das nachher persönlich noch einmal an – alles gut.

Jetzt zum eigentlichen Thema …

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Dass der Staatssekretär ständig Missfallens- und Gefallensbekundungen abgibt, ist eigentlich auch nicht erwünscht!)

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Kollegin, das Wort hat immer noch die Ministerin. Ich darf darum bitten, sich an die Regeln zu halten.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Zum Tagesordnungspunkt „Prüfungsvorbereitungen“: Ich denke, uns eint das Ziel, dass wir es allen Schülerinnen und Schülern, die im nächsten Jahr Prüfungen haben, ermöglich wollen, diese so gut wie möglich ablegen zu können. Das betrifft – wie ich betonen möchte – nicht nur das Abitur, sondern das gilt genauso für die ZP 10.

Dabei sind Fragen zu klären, das ist völlig richtig. Es geht um juristische Fragen, es geht um fachliche Fragen, und es geht um ganz praktische Fragen: Wie gehen wir damit um? Diese Fragen werden derzeit bei uns im Haus geklärt. Das hier ist ein erster Aufschlag, weil wir gefragt worden sind, aber natürlich muss es dazu noch weitere Antworten geben, und die wird es auch geben.

Ich immer ein bisschen irritiert, wenn es heißt, dass die Maßnahmen, die wir jetzt auf den Weg gebracht haben, aus Sicht der meisten Lehrkräfte nicht ausreichten. – Wenn wir uns mit den Schulleitungen austauschen, die ja stellvertretend für die Lehrkräfte sprechen, ist das derzeitige Feedback nicht, dass das alles überhaupt nicht ausreichend sei. – Das heißt aber nicht, dass wir davon befreit wären, weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das tun wir – deswegen habe ich ja gesagt, dass unser Haus daran arbeite. Dass das so schnell wie möglich passieren muss, wissen wir, weil die Prüfungen nicht erst im Sommer, sondern jetzt im Frühjahr sind. Bevor wir Antworten geben können, sind Abstimmungen mit anderen Ländern notwendig, die wir auch vornehmen. Wir werden den Ausschuss so bald wie möglich unterrichten, das ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Beer hatte sich eben gemeldet. Nachdem sie schon zweimal zum nächsten Tagesordnungspunkt übergeleitet hatte, wollte ich sie eigentlich fragen, ob es sich jetzt erübrigt hat. – Nein?

Sigrid Beer (GRÜNE): Nein, aufgrund dieser Äußerungen leider nicht.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Beer und Herr Ott noch, danach schließe ich die Redeliste. Wir haben nämlich nur noch einen begrenzten Zeitraum für wesentliche Tagesordnungspunkte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich will darauf eingehen, dass die Ministerin gesagt hat, dass sie uns heute nichts zu den weiteren Maßnahmen sagen werde. – Sie müssen als Schulministerin doch sprechfähig sein. Schon seit der vorigen MPK gilt es, ab Inzidenzwerten von 200 für erhöhte Schutzmaßnahmen einzutreten. Darüber ist eine Einigung erzielt worden, aber Sie tun es einfach nicht. Die Inzidenzwerte von über 200 beziehen sich auf 100.000 Einwohner und nicht auf Einzelschulen.

Ich will die Werte von heute früh nennen. Lippe: 289,2; Minden: 210,4; Bielefeld: 195; Hagen: 220,5; Wuppertal: 205; Leverkusen: 182,6; Remscheid: 209,3; Solingen: 211 – das ist immer noch über 200, hier hätte präventiv viel mehr passieren müssen; da findet auf der Intensivstation keine Aufnahme mehr statt –; Mühlheim: 212,6; Herne: 204,5; Recklinghausen: 188,9; Duisburg: 208,7; Gelsenkirchen: 197,2;

(Helmut Seifen [AfD]: Zählen Sie mal zusammen, Frau Beer!)

Düren: 195; Oberbergischer Kreis: 182,7.

Das sind die landesweiten Zahlen von heute früh; hinzu kommen die Todeszahlen. Sagen Sie uns also bitte, was Sie als Schulministerin auf Grundlage des aktuellen MPK-Beschlusses für die Schulen vorsehen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Kollegin, ich erlaube mir den Hinweis, dass wir bei einem Tagesordnungspunkt sind, der sich mit einem etwas anderen Thema auseinandersetzt.

Jochen Ott (SPD): Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass der Ministerpräsident heute Morgen angekündigt hat, dass es diesen Jahresendzeitlockdown bis zum 10. Januar geben werde.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Das wird überall zitiert, unter anderem im Westdeutschen Rundfunk. Nach meinem Wissen würde das bedeuten, dass wir die Ferien nach hinten verlängern – Sie haben das eben gestreift. Das bedeutet, dass wir die Ferien nicht nur – mal so eben nachmittags an einem Plenartag – zwei Tage nach vorne gezogen haben, um anschließend irgendwie zu erklären, wie das mit den Klausuren, der Notbetreuung und Ähnlichem läuft, sondern dass wir das Gleiche noch einmal machen.

Wir haben jetzt fünf Tage. Die Kanzlerin ist meines Wissens, zumindest haben das die Medien berichtet, in den nächsten zwei Tagen mit dem Premierminister von Großbritannien beschäftigt. Vielleicht delegiert sie das; ich weiß nicht, wie die Pläne sind und ob wir jetzt warten, bis die Kanzlerin und alle anderen sich wieder getroffen haben.

Dann würden wir den Schulen nächsten Donnerstag, bevor sie am Freitag in die Ferien gehen, mitteilen, dass die Ferien sich um zwei Tage verlängern. Dann müssten wir vorbereiten, wie wir mit den Klassenarbeiten umgehen, die wegen der Ferien vielleicht auf nach die Ferien verlegt werden.

Bei allem Verständnis dafür, dass man in einer Krise nicht alles vorher absehen kann: So kann man keine Krise bewältigen. Das geht nicht. Über Söders Inhalte will ich gar nicht sprechen, aber wenn Bayern im Zusammenhang mit dem Abitur und den ZP 10 mit dem Mythos, dass es angeblich so gut sei, aufräumt und in den Wechselunterricht geht bzw. Alternativmodelle auflegt, muss klar sein, dass wir nicht darauf warten können, dass der Ministerpräsident WDR 2 morgens ein Interview gibt und dann die Ferien um zwei Tage verlängert werden oder dass die Ministerin im Ausschuss unter Druck gerät und die Ferien dann verlängert werden. So geht es wirklich nicht. Deshalb, Frau Korte, ist das ein zentraler Punkt für diesen Ausschuss. Als Mitglied des Schulausschusses und des Parlaments von Nordrhein-Westfalen, wo schulgesetzliche Regelungen geschaffen werden müssen, die Rechtssicherheit herstellen, möchte ich, dass das Abitur in Nordrhein-Westfalen korrekt abläuft. Ich möchte das vorher wissen, ich möchte das vorher haben, und ich möchte darüber nicht von WDR 2 informiert werden – so gerne ich WDR 2 höre und so gerne ich Frau Heinrich zuhöre.

Ich finde, das geht so nicht. Es kann nicht sein, dass der Weg immer ist: erst alle anderen Länder, dann das Parlament. Aus meiner Sicht ist der umgekehrte Weg richtig. Dieses Parlament und die Abgeordneten sind sehr wohl in der Lage, zu verstehen, dass man nicht alle Punkte durchsetzen kann. Ich will nur an die Ferien erinnern. Natürlich ist uns allen klar, dass es schwierig ist. Aber manchmal könnte es auch gut sein, wenn sie mit Rückendeckung von uns allen, dem größten Landesparlament, dahin fahren und sagen: Das ist aber so. – Dass Sie das anscheinend wieder nicht machen wollen, ist sehr bedenklich. Ich werbe nochmals dafür, keine weiteren Entscheidungen mal eben so zu treffen. Stattdessen sollten Sie das mit diesem Ausschuss grundlegend besprechen, um dann das nächste halbe Jahr systematisch anzugehen.

Die Leopoldina weist auch darauf hin, dass es für die Zukunft eine gestaffelte Vorgehensweise geben könnte, weil das allen Beteiligten Sicherheit für das vermitteln würde, was noch kommt. Wir wissen nicht, wie sich das nächste halbe Jahr entwickelt. Man sollte sich nicht immer wieder auf neue Situationen einstellen müssen, sondern miteinander darüber sprechen.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Noch einmal zurück zum Tagesordnungspunkt: das Prüfungsgeschehen. Dazu habe ich mich verhalten. Dann ist hier etwas anderes in die Debatte hineingebracht worden. Dazu kann ich Folgendes sagen: Ich bin in vielen Bereichen sprechfähig. Wenn sich aber ein Ministerpräsident gestern Abend bzw. heute Morgen dazu äußert – gestern Abend war es noch der 6., heute Morgen der 10. –, dann werde ich hier nicht über etwas spekulieren, von dem ich nicht weiß, wie es am Ende des Tages entschieden wird und was dann in der Bevölkerung ankommt. Ich habe dazu eine Meinung, und wir arbeiten auch an den Plänen. Aber hier und heute

als Schul- und Bildungsministerin zu spekulieren und zu sagen, ob ich diesen Vorstoß gut finde oder nicht, empfinde ich nicht als meine Aufgabe.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie erwarten von mir, dass ich das Prüfungsgeschehen für diesen Jahrgang, ZP 10 und Abitur, – das war der Tagesordnungspunkt – rechtssicher und praktikabel organisiere und dass die Schülerinnen und Schüler für die Prüfungen, die sie erwarten, fachlich gut aufgestellt sind. Das ist meine Aufgabe, das tue ich. Ansonsten habe ich zu vielen Dingen eine Meinung, und zu vielen Dingen wird in unserem Hause gearbeitet. Wenn Sie so weit sind, dass Sie hier nicht nur Irritationen hervorrufen wollen, indem Sie uns auffordern, über etwas zu spekulieren, was vielleicht gar nicht kommt, sondern auf Situationen warten, in denen wir reagieren müssen, dann gibt es hier auch Informationen. Dann würde ich mich auch freuen, wenn der Ausschuss diese Informationen nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern sie auch mitträgt. Das würde uns in der Pandemie stärken.

Das Schlimmste momentan ist die Verunsicherung. Jeder kommt jeden Tag aufs Neue mit irgendwelchen Botschaften um die Ecke. Frau Beer, ich liefere hier Zahlen, Daten und Fakten ab, über die wir gerne, auch beim nächsten Tagesordnungspunkt, reden können. Wir fragen sie jede Woche ab. Noch einmal: Ich unterstelle meinen Schulleitungen, meinen Lehrerinnen und Lehrern nicht, dass sie falsche Zahlen angeben würden. Ich sage, dass das, was zurückgespiegelt wird, der Realität entspricht.

Dass es an der einen oder anderen Schule dramatischer ist, wissen wir, aber wir müssen das Prüfungsgeschehen für alle Schülerinnen und Schüler organisieren, und natürlich steht das in diesem Jahr in Abhängigkeit zum Pandemiegeschehen, auf das wir reagieren müssen. Das bereiten wir alles sehr ordentlich und sorgsam vor; wenn auch unter Hochdruck, weil wir nicht viel Zeit haben. Es ist mitnichten so, dass ich mit irgendetwas als letztes Bundesland herausgehen möchte. Ich möchte aber auch nicht, dass es wie in Bayern funktioniert und außer Ankündigungen am Ende des Tages nichts gewesen ist. Ich erinnere nur daran, dass gesagt wurde: Lehrerinnen und Lehrer, die sich um die Digitalisierung besonders verdient gemacht haben, sollen jetzt eine Prämie bekommen. – Dazu, wie das umgesetzt werden soll, hat sich Herr Söder leider nicht geäußert. Das hat zu größter Verunsicherung bei der Lehrerschaft geführt.

Vorsitzende Kirstin Korte: Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 4.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ich hatte mich noch zu Wort gemeldet!)

5 Sachstand zum Unterricht in Pandemiezeiten – Wie steht es um die Infektionszahlen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4364

Sigrid Beer (GRÜNE): Die Diskussion geht weiter. Ich habe eben schon etwas zum Thema „Leopoldina und Schulpflicht“ und dazu gesagt, dass ich es für verfehlt halte, dass dieser Begriff gewählt wurde. Trotzdem bleibt die Frage, wie es mit dem Unterricht ab dem 14. weitergeht, und das berührt noch nicht einmal die Fragen, was wir mit dem 6. und dem 10. machen und wie es mit Ferientagen aussieht. Oder gibt es gegebenenfalls ein Angebot, wie es zum Beispiel Schleswig-Holstein plant, das bis zum 10. digitale Tage bzw. Distanzunterricht angesetzt hat, um Unterricht in anderer Form und nicht in Präsenz stattfinden zu lassen, um so den Anforderungen gerecht zu werden?

Deswegen frage ich Sie jetzt: Was planen Sie ab dem 14.? Bitte verweisen Sie nicht wieder darauf, dass das noch in der Ministerpräsidentenkonferenz beredet bzw. beschlossen werden müsse. – Sie müssen doch eine Kabinettsmeinung dazu haben. Wenn der Ministerpräsident heute Wechselunterricht ankündigt, müssen die Schulen sich doch noch drauf einrichten können. Dabei geht es nicht um die beiden Tage im Januar, sondern um das, was am nächsten Montag passiert, und darum, mit welcher Linie Sie da hineingehen und was Sie den Schulen heute zur Vorbereitung mit auf den Weg geben. Es tut mir leid, aber darauf können die Schulen nicht mehr warten. Sie müssen heute früh fachlich und politisch Antworten geben.

Jochen Ott (SPD): Frau Vorsitzende, wir hätten die Punkte zusammenziehen können.

Vorsitzende Kirstin Korte: Das war am Anfang nicht erkennbar.

Jochen Ott (SPD): Ich möchte bezüglich eines Punktes auf die Ministerin eingehen – Frau Hannen hatte das auch schon angesprochen. Die Frage ist, was zu mehr Verunsicherung führt. Der Ministerpräsident hat sich im Westdeutschen Rundfunk geäußert, und das macht er nicht zum ersten Mal, vielmehr hat er in den vergangenen Wochen mehrere Interviews gegeben.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Damit macht er es ihr auch schwer!)

– Ja, das stimmt, damit macht er es der Schulministerin auch schwer. – Der Ministerpräsident hat also eine solche Aussage gemacht. Ich will nur daran erinnern, dass er beim vorigen Mal eine Stunde lang einen netten Talk mit ihr gemacht hat, und dann hat ein Musiklehrer angerufen: Warum geht das nicht? – Fünf Tage später wurde das mit den Musikschulen dann ermöglicht.

Es ist natürlich klar, dass es gut ist, dass auf berechtigte Kritik reagiert wird. Das finde ich ausdrücklich gut. Aber wenn ein Ministerpräsident in einem öffentlich-rechtlichen

Radiosender auftritt und etwas sagt, hat das natürlich Relevanz. Wenn man ihm etwas sagt, wird das auch umgesetzt. Das verfestigt sich bei allen Beteiligten.

Kein Mensch, der das gehört oder bei Twitter oder sonst wo gesehen hat, zweifelt jetzt noch daran, dass es bis zum 10.01. so kommt. Das bedeutet, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen – darauf wette ich –, die nach dem Vorziehen der Ferien überlegt haben, dass sie diese zwei Tage dann vielleicht freimachen und es nach den Ferien irgendwie hinkriegen, jetzt ins Rutschen geraten, weil das Halbjahreszeugnis und das Eintragen der Noten stattfindet. Sie müssen ihre Noten eintragen, damit sie zusammengeführt werden können. Außerdem haben sie das Problem, dass in Pandemiezeiten nicht immer alle da sind. Das heißt also, dass es für die Kollegen der Horror ist, das zu organisieren – das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Das alles geht jetzt bei denen ab.

Sie können doch nicht sagen, dass ich irgendjemanden verunsichern würde. – Nix da, ich verunsichere niemanden. Ich stelle fest, was diese Landesregierung – und der Ministerpräsident gehört ja wohl dazu – öffentlich erklärt. Wenn Sie dann in den Schulausschuss kommen, Frau Ministerin, haben wir natürlich die Frage: Was würde das organisatorisch bedeuten? Wird das so gemacht, wie in den ersten zwei Tagen, am 20., 21., dass an diesem Tag die Schulen doch geöffnet und auch Klausuren geschrieben werden? Herr Kretschmann hat uns ja mitgeteilt, dass man die Ferien nicht für die Lehrer gemacht habe – was ich in diesem Zusammenhang sehr merkwürdig fand, aber das nur am Rande.

Ich frage mich, wie wir eine konsequente Kommunikation in Schule organisieren wollen. Das gilt übrigens auch für die erwähnten Schulaufsichtsbeamten, die man auch mal in Schutz nehmen muss. Was sollen sie denn sagen, wenn sie angerufen und gefragt werden: „Was sollen wir jetzt machen?“? Dann werden sie sagen: Das wissen wir auch nicht. – Es wäre doch eine Klärung darüber erforderlich, wie man im Falle des bundesweiten Modells verfahren würde. Das erwarte ich, um Ruhe und ein bisschen Sicherheit zu gewährleisten.

Wir werden nächste Woche den Bericht der Landesregierung im Plenum haben, und am Freitag ist der letzte Schultag. Je nachdem, was dann passiert, wird das alles äußerst komplex. Ich will deutlich machen, dass es in solchen Situationen wichtig ist, Orientierung zu bieten. Die sehe ich im Schulbereich überhaupt nicht. Wenn wir beispielsweise zu dem Ergebnis kämen, dass das Halbjahr, um uns Luft zu verschaffen, nach hinten verlegt werden muss, hat das wiederum Auswirkungen auf den Rechtsrahmen usw. Dann wird alles wieder kompliziert. Bei allem Verständnis: Das hätte man doch antizipieren können. Man darf bei einem so großen System wie Schule nicht aus dem Bauch heraus und auf die Schnelle an Stellschrauben drehen. Der Ministerpräsident hat uns allen, und vor allen Dingen seiner eigenen Ministerin, keinen Gefallen getan – das will ich klar sagen.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Ich kann dazu gerne etwas sagen. Es ehrt Sie, dass Sie sagen, der Ministerpräsident würde mir nichts Gutes damit tun, aber es ist

doch erkennbar, dass das der Versuch ist, einen Keil zwischen den Ministerpräsidenten und meine Person zu treiben. Das braucht es aber nicht.

Ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, wir bräuchten schnell eine Klärung. – Ja, das ist richtig. Diese Klärung brauchen die Schulen, um entsprechend agieren zu können. Es ist genau, wie Sie es beschrieben haben, Herr Ott: Sie müssen wissen, ob Donnerstag, der 7., und Freitag, der 8., normale Unterrichtstage bzw. Präsenztage sind oder ob das unterrichtsfreie Zeit ist.

Es hat den Vorstoß des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gegeben, die Weihnachtsferien zu verlängern, um das Infektionsgeschehen herunterzubekommen, und zwar nicht nur landes-, sondern bundesweit. Natürlich müssen jetzt Entscheidungen getroffen werden, was das für die einzelnen Schulen heißt, aber deswegen können Sie doch nicht erwarten, dass ich hier jetzt einen Schnellschuss abgebe und sage: So oder so wird es gemacht. – Stattdessen müssen wir jetzt genau darauf schauen, wie wir die Schulen informieren und was wir ihnen an die Hand geben, wenn das und das eintritt. Bis heute, liebe Frau Beer, beginnt der Unterricht immer noch am 7. und nicht, wie Sie sagen, am 14. Das ist Stand der Dinge.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

– Doch, Sie haben gerade gefragt: Wie geht es am 14. weiter?

(Jochen Ott [SPD]: Sie meint den 14. Dezember, sie meint den kommenden Montag! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Dezember, nächste Woche Montag! Wie geht es da bei Inzidenzen von über 200?)

– Dann muss man aber die Debatte anders führen, Frau Beer. Sie versuchen jetzt, alles über einen Kamm zu scheren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nein! – Zuruf: Eben nicht!)

– Doch. Es geht um drei Dinge: Verlängerung der Weihnachtsferien nach hinten. Darüber haben wir jetzt hier gesprochen. Ich spreche nicht über die Verlängerung …

(Jochen Ott [SPD]: Das war ich, sie hatte davor gesprochen!)

– Dann kann ich Ihnen sagen, dass meine persönliche Meinung zu einer Verlängerung der Weihnachtsferien, beginnend ab Montag, so wie die Leopoldina es vorschlägt, lautet: Das wird es nicht geben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das schlägt sie nicht vor!)

– Aber was möchten Sie denn wissen, Frau Beer? Wenn Sie wissen wollen, wie ich mich als Schulministerin zum 14. verhalte, sage ich Ihnen: Eine Verlängerung der Weihnachtsferien mit Aussetzen der Schul- bzw. Präsenzpflicht – oder was auch immer die Leopoldina hier gemeint hat – wird es mit mir nicht geben.

(Jochen Ott [SPD]: Sie hat gefragt …)

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Kollege Ott,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

das kann die Kollegin selber.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): 200er-Inzidenzen sind noch mal etwas ganz anderes. Das ist eine andere Diskussion, die wir hier auch gerne führen können. Aber Sie können nicht alles in einen Topf werfen, man muss es getrennt beantworten. Die Schulen müssen über die Weihnachtsferien und über die Verlängerung informiert werden – wenn sie denn wann und wie auch immer kommt. Aber die Maßnahmen bezüglich der Inzidenzen bzw. des Infektionsgeschehens – das wissen Sie, Frau Beer – werden am Ende des Tages über das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ergriffen, wenn auch unter Berücksichtigung von Vorschlägen aus dem Ministerium für Schule und Bildung. Das muss man sauber trennen. Ich antworte gerne auf alle Fragen, aber Sie müssen konkrete Fragen stellen. Zur Leopoldina und dazu, dass ich deren Vorschlag nicht für tauglich halte, habe ich mich bereits geäußert.

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich habe zwei weitere Wortmeldungen; 16 Minuten haben wir noch.

Sigrid Beer (GRÜNE): Dann will ich das gerne auseinanderpuzzeln: Ich habe eben vom 14., nächste Woche Montag, gesprochen. Dabei geht um die Frage, wie viele Kreise bzw. Kommunen über einem Inzidenzwert von 200 sind. Ich habe darauf hingewiesen, dass schon die vorige MPK-Runde mit der Kanzlerin im Zusammenhang mit 200er-Inzidenzen auf die Möglichkeit erweiterter Maßnahmen gesetzt habe. Die 200er-Inzidenz bezieht sich auf eine Einwohnerzahl von 100.000 und nicht auf einzelne Schulen. Das Virus hält nämlich nicht an der Straßenecke an und sagt: Ach, die Schule liegt in einem anderen Bezirk. – So ist es eben nicht, von daher stellt sich diese Frage nicht mit Blick auf die einzelnen Schulen. Es ist nicht gerade prickelnd, wenn Sie wieder wie in einem Verschiebebahnhof agieren und sagen: Dafür ist das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zuständig und außerdem gibt es …

Vorsitzende Kirstin Korte: Ist es aber.

Sigrid Beer (GRÜNE): Die fachliche Zuständigkeit, Frau Vorsitzende, ist mir bewusst. Aber es gibt eine enge Abstimmung, und wir wissen, dass das Wechselmodell in Solingen auf Einwirken des Schulministeriums untersagt worden ist.

Vorsitzende Kirstin Korte: Aus guten Gründen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Da muss man nicht auch noch einmal ausführen. – Ich habe außerdem sehr deutlich gesagt, Frau Ministerin, dass ich die Wortwahl „Schulpflichtaussetzung“ für absolut ungeeignet und für nicht zielführend halte. Man kann maximal von Präsenzpflicht reden, und deshalb geht es um Wechselmodelle. Hier und heute muss klar sein, was am kommenden Montag an den Schulen in Nordrhein-Westfalen

passiert. Die Empfehlung der Leopoldina ist nämlich in zwei Teile geteilt – falls Sie das nicht wahrgenommen haben.

(Ministerin Yvonne Gebauer [MSB]: Das habe ich wahrgenommen, Frau Beer!)

Ab dem 14. Dezember sollen Dinge gelten; digitale Möglichkeiten anstelle von Präsenzangeboten wird ausdrücklich genannt.

(Zuruf)

Deswegen muss man sich dazu verhalten. Ich habe außerdem darauf hingewiesen, wie Schleswig-Holstein es mit den beiden Tagen macht, dass man sie dort nämlich als Distanzlerntage ansetzt. Auch dazu braucht es schnell Klarheit, weil Schulen sich vorbereiten bzw. mit Angeboten darauf einstellen müssen. Das alles muss Schülern bzw. Eltern vor den Weihnachtsferien mitgegeben werden.

Ich frage, warum keine Abstimmung innerhalb des Kabinetts möglich ist, damit Sie heute hier zu diesen Fragen sprechfähig sind. Vor allen Dingen aber braucht es präzise Angaben mit Blick auf nächsten Montag. Was passiert hinsichtlich der Empfehlung der Leopoldina angesichts einer auch in diesem Land besorgniserregenden Infektionslage?

Claudia Schlottmann (CDU): Ich habe den Eindruck, dass wir uns in diesem Ausschuss regelmäßig im Kreis drehen.

(Frank Börner [SPD]: So ist es!)

Die Zahlen, die die Ministerin uns mit ihrem Bericht vorgelegt hat, zeigen sehr deutlich, dass die Schulen nach wie vor arbeiten. Wir brauchen nicht darüber zu reden, dass es unterschiedliche Schulen gibt. Ich denke, wir alle haben sie besucht. Wir haben Schulen, in denen es hervorragend funktioniert – das habe ich schon mehrfach ausgeführt –, und wir haben Schulen, in denen es nicht funktioniert. Das liegt zum Teil an den Schulleitern, das liegt zum Teil an den Lagen, in denen die Schulen angesiedelt sind.

Frau Beer, wir haben grundsätzlich eine klare Regelung gehabt – ich zitiere –:

> „Bei einem Infektionsgeschehen mit einer Inzidenz oberhalb von 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner pro Woche sollen darüber hinaus weitergehende Maßnahmen für die Unterrichtsgestaltung in den Jahrgängen ab Jahrgangsstufe 8 schulspezifisch umgesetzt werden, …“

Genau das erzählt das Ministerium seit Wochen und Monaten.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Doch, genau das ist es; zusammen mit dem Thema „selbstständige Schule“. Wir diskutieren es permanent, ich habe es auch im Plenum ausgeführt: Wir schauen uns jede Schule an, und jede einzelne Schule hat zusammen mit dem Gesundheitsamt, der oberen Schulaufsichtsbehörde und dem Schulträger unterschiedliche Möglichkeiten, gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Diese Möglichkeiten haben die Schulen.

Es würde überhaupt keinen Sinn ergeben, wenn die Ministerin sagen würde: Wir machen jetzt einen kompletten Lockdown.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich bitte darum, das Zwiegespräch einzustellen, Frau Kollegin Beer; Frau Schlottmann führt aus.

Claudia Schlottmann (CDU): Ich meine, dass auch die Ergebnisse der vergangenen Wochen zeigen, dass wir auf einem ausgesprochen guten Weg sind. Ich rede nicht davon, dass wir mit Corona auf einem guten Weg sind, überhaupt nicht, aber die Grundhaltung, den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten und sich jede Schule einzeln anzuschauen, war genau richtig. Man sollte nicht immer auf jede Idee anspringen, die irgendwo geboren wird. Um das direkt vorauszuschicken, weil ich weiß, dass es jetzt kommen wird: Ich meine nicht die Aussagen des Ministerpräsidenten von heute Morgen.

(Lachen von Jochen Ott [SPD] und Frank Börner [SPD])

– Ja, es war mir klar, Herr Ott. Ich dachte mir, ich mache bei Ihnen eine Einwandvorwegnahme. Das ist mit Sicherheit sinnvoll.

(Jochen Ott [SPD]: Aber das lag auf der Hand!)

– Deshalb dachte ich mir, dass ich Ihnen den Ball vom Elfmeterpunkt wegnehme. – Ich denke, was die Arbeit, auch die des Ministeriums, in den vergangenen Wochen ausgezeichnet hat, ist die Ruhe, mit der man die Sache angegangen ist.

(Frank Börner [SPD]: Der Ministerpräsident ist selbst der CDU-Fraktion peinlich!)

Mich ärgert, dass wir seit Wochen und Monaten immer nur von Panik, Panik, Panik hören.

(Zuruf)

Das finde ich ganz schlecht, weil es teilweise nicht mehr darum geht, Lösungen zu finden.

(Zuruf: Ja!)

Vor diesem Hintergrund bitte ich ganz herzlich darum, sich auf die tatsächlich vorliegenden Zahlen zu konzentrieren. Niemand behauptet, dass das für jede Schule zutrifft. Aber die Ministerin hat völlig recht: Warum sollte ein Schulleiter bei den Zahlen lügen? Warum sollte ein Schulleiter nicht die richtigen Zahlen liefern? Das wäre doch bescheuert. Für so irre halte ich unsere Schulleiter nicht. Wenn das Ministerium Zahlen abfragt, hat man als Schulleiter die Möglichkeit, seine Sorgen und Nöte darzulegen, indem man die richtigen Zahlen liefert. Darüber brauchen wir nicht weiter zu diskutieren. Ich bitte also herzlich darum, mit Ruhe an die Sache heranzugehen und nicht ständig weitere Schreckensszenarien zu entwerfen.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Frau Schlottmann, da will ich direkt ansetzen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen geht wie mir. Ich schildere das jetzt und versuche, sachlich zu bleiben. Ich habe viele Anfragen von Eltern, Lehrern und sogar Schulleitungen: Was können wir machen? Wir sind verunsichert. – Diese Eltern, Lehrer und Schulleitungen erwarten von mir, dass ich als ihre Landtagsabgeordnete in den Schulausschuss gehe und diese Frage dort stelle. Ich sollte nachweisen können, dass ich redlich mit den Fragen der Bürger umgegangen bin und diese Fragen geklärt habe.

(Lachen und Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

– Darüber können Sie lachen Herr Seifen.

(Helmut Seifen [AfD]: Es fragt Sie doch keiner! Reden Sie doch nicht!)

Ich bin übrigens der Meinung, dass Sie mit Ihrer Politik sehr zu Verunsicherung beitragen.

(Helmut Seifen [AfD]: Dummes Zeug!)

Durch das ständige Verharmlosen werden die Menschen deutlich mehr verunsichert als durch das Nachfragen von uns.

(Helmut Seifen [AfD]: Als ob man Sie fragen würde! Erzählen Sie doch keine Geschichten!)

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Kollege.

(Zuruf)

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Ich will das mit einem Beispiel belegen. Ich habe zum jetzigen Zeitpunkt mehrere Fragen zum Alltagshelferprogramm. Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist am Anfang gesagt worden: Die brauchen wir in der Schule nicht. – Dann ist gesagt worden, dass man das jetzt doch mache, und im Schuletat wurden 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Jetzt fragen mich die Betroffenen: Wie kommen wir an das Geld, das zur Verfügung gestellt wird? Wir brauchen sie dringend, wir wollen sie unbedingt haben. Aber wir wissen nicht, wo wir das zu welchem Zeitpunkt beantragen können und wie viele wir für unsere Schule überhaupt haben können. – Das steht im Gegensatz zu dem, was ihr in euren Diskussionen gesagt habt: Hygienehelfer sind nicht nötig – und ähnliche Sachen.

Das ist für mich im Augenblick nicht beantwortbar. Ich sage es deutlich: Das ist für mich nicht gut, das ist für den Ausschuss nicht gut, und das ist auch für die Ministerin nicht gut, weil alle fragen: Was seid ihr für ein Chaoshaufen?

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Wofür bist du in diesem Ausschuss, dass du mir ständig sagst: „Weiß ich nicht“? Wenn ich heute nach Hause komme und gefragt werde, wie es mit den Weihnachtsferien sei, muss ich sagen: Das weiß ich nicht, das kann ich euch vielleicht in einer Woche beantworten.

(Zuruf)

Das erzeugt bei den Menschen doch den Eindruck eines wilden Durcheinanders, und zum Schluss streiten wir uns auch noch darüber, wer am meisten Chaos verursacht habe. Ich denke, wir alle sollten dazu beitragen, dass die Informationen zielgerichtet und zeitnah gegeben werden. Deshalb ist es richtig, wenn man sagt, dass ab Montag in den Medien wieder bestimmte Dinge im Vordergrund stünden und gesagt werde: Es gibt Chaos an allen Schulen in Nordrhein-Westfalen, und die KMK ist sich nicht einig. – Dann gibt es wieder gegenseitige Vorwürfe bezüglich der SPD- und der CDU-Minister, die alle schlecht seien.

Ich denke, das können wir nicht machen, und deshalb müssen wir im Schulausschuss heute fragen: Was ist mit den Vorschlägen? Wie bewerten wir die? So geben wir den Menschen bzw. den Betroffenen in Nordrhein-Westfalen Sicherheit.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Kollegin Voigt-Küppers, gestatten Sie mir eine persönliche Anmerkung.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Doch Herr Ott, die nehme ich mir jetzt. – Wir sind hier im Landtag und nicht im Kreistag. Ich verstehe natürlich das Anliegen, das Sie formuliert haben, Frau Voigt-Küppers. Es betrifft uns alle, dass wir natürlich versuchen wollen, unseren Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, wie es weitergeht. Wir sollten uns aber auch Zeit zum Denken nehmen.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Wenn etwas gesagt worden ist, so wie das offenbar gestern Abend oder heute Morgen im WDR der Fall gewesen ist, dann muss es die Zeit geben, die daraus resultierenden Folgen vernünftig miteinander abzusprechen. Das gilt gerade innerhalb eines Ministeriums, nicht nur innerhalb dieses Ministeriums, sondern vor allen Dingen innerhalb des MAGS.

(Jochen Ott [SPD]: Ist das Regieren per Zuruf oder was?)

– Nein, eben nicht, Herr Ott.

(Jochen Ott [SPD]: Zum wiederholten Mal ist das so!)

– Das wäre es, wenn wir es hier tun würden.

(Jochen Ott [SPD]: Sie sind die Ausschussvorsitzende und haben das nicht zu kommentieren!)

– Doch, das Recht nehme ich mir. Ich setz mich auch mal auf die Rednerliste. Das ist eines der ganz wenigen Male, und das Recht nehme ich mir heraus.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ansonsten hat jetzt die Ministerin das Wort. Danach schließe ich zwangsläufig den Tagesordnungspunkt, weil wir am Ende der Zeit angelangt sind und den Raum räumen müssen.

(Weitere Zurufe von Jochen Ott [SPD] – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Ja, und das wird Sie jetzt …

(Fortgesetzte Zurufe von Jochen Ott [SPD] – Weitere Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE] – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Sigrid Beer, das wird sie jetzt tun. Die Ministerin hat das Wort.

(Anhaltende Zurufe von Jochen Ott [SPD] – Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Frau Ministerin hat das Wort – ich sage es jetzt zum dritten Mal.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Ich versuche es in den vier Minuten, die übrig bleiben. Zunächst einmal finde ich, dass auch ein Ministerpräsident laut denken und sich den Medien gegenüber entsprechend äußern darf. Das tut der viel zitierte Söder permanent. Die Frage ist, was am Ende dabei herauskommt.

(Heiterkeit)

Ich finde, es ist wichtig, dass wir kein Fähnchen im Wind sind und auf Äußerungen von rechts und links nicht immer sofort in irgendeiner Art und Weise reagieren. Wir sind mit dem Weg, den wir in den vergangenen Wochen und Monaten in Nordrhein-Westfalen gegangen sind, sehr gut gefahren. Wir waren sehr konstant in dem, was wir gesagt und getan haben. Nach vorne geprescht sind wir nur damit, dass wir Sorge dafür getragen haben, dass auch Lehrkräfte ausgestattet werden. Das ist in anderen Bundesländern mitnichten der Fall. Mit unserem Sofortausstattungsprogramm haben wir das getan.

Das habe ich gerne getan, ansonsten bin ich auch gerne im Geleitzug mit all meinen Kolleginnen und Kollegen unterwegs. Das hat uns in der Vergangenheit sehr gut getan in Bezug auf die Stimmung, die Entscheidungen und die Maßnahmen, die wir getroffen haben, weil jeder seine Schwerpunkte hat. Gemeinsam sind wir stark gewesen und haben das in allen Bundesländern umgesetzt. Von daher meine ich, dass das der richtige Weg war, und den werde ich auch so weitergehen.

Zu den 200er-Inzidenzen: Ich darf Ihnen sagen, dass wir über das MAGS mit den Schulträgern in einem permanenten Austausch darüber stehen, was es für Maßnahmen im Schulbereich geben könnte. Diese Maßnahmen bezüglich der 200er-Inzidenzen müssen nicht aus dem Schulbereich kommen, sie können auch in anderen Bereichen ergriffen werden. In Bezug auf den Schulbereich haben wir einen Instrumentenkasten, aus dem dann entsprechend ausgewählt werden kann. Das läuft alles über eine Allgemeinverfügung, die die Städte, die Oberbürgermeister, die Landräte, die Bürgermeister an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales richten müssen. Schulische Maßnahmen zum Infektionsschutz können, aber müssen nicht dabei sein. Deswegen ist es richtig, dass es über das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales läuft, das muss bei Infektionsschutzmaßnahmen so sein. Dieser Weg ist also

richtig. Aber welche zusätzlichen Infektionsschutzmaßnahmen im Rahmen einer Allgemeinverfügung beantragt werden, obliegt den Kommunen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir haben einen Baukasten, aus dem die Kommunen bzw. Schulträger sich etwas aussuchen können, wenn sie denn wollen. Es gibt Schulträger, die wollen sich so auf den Weg machen, andere Schulträger entscheiden sich für andere Dinge. Der Baukasten des Ministeriums ist jedenfalls da, die Allgemeinverfügung läuft über die Oberbürgermeister, gerichtet an das MAGS, und wir stehen mit den Schulträgern über das MAGS im engen Austausch bezüglich der Kommunen mit 200er-Inzidenzen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Leopoldina geht an der Ministerin vorüber!)

6 Unterstützung von Ersatzschulen in Pandemiezeiten *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4329

– keine Wortbeiträge

7 Integriertes Konzept „Essen und Trinken in der Schule“ *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4360
Vorlage 17/4361

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) bittet die wegen Abstimmungsschwierigkeiten im MSB erst gestern Abend erfolgte Zuleitung des integrierten Konzepts „Essen und Trinken in der Schule“ zu entschuldigen. Zwar sei man darauf vorbereitet, das Thema, wie ursprünglich vorgesehen, heute zu behandeln, habe angesichts der Kürze der den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stehenden Vorbereitungszeit aber Verständnis für einen etwaigen Wunsch nach Vertagung.

Die Worte seiner Vorrednerin aufgreifend, bittet **Jochen Ott (SPD)** um Vertagung und nutzt die Gelegenheit, den Vertreterinnen und Vertretern des MSB eine fachliche Frage zur späteren Beantwortung mitzugeben. Derzeit erfreuten sich an den Schulen spezielle Flaschen großer Beliebtheit, die mittels Duftstoffen den Eindruck erzeugten, dass man aromatisierte Getränke zu sich nehme, obwohl es sich tatsächlich um reines Wasser handle. Die Kinder und Jugendlichen kämen also in den Genuss eines Geschmackserlebnisses, ohne der Gesundheit abträgliche Inhaltsstoffe zu konsumieren. Spielten derartige Erfindungen bei den Überlegungen der Landesregierung eine Rolle?

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) gibt an, von diesen Flaschen zum ersten Mal zu hören, verspricht aber, dazu in der nächsten Ausschusssitzung sprechfähig zu sein.

Vorsitzende Kirstin Korte leitet die Information eines im Homeoffice befindlichen Kollegen weiter, dass der Hersteller besagter Flaschen air up heiße, diese aber zurzeit nicht verfügbar seien.

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Aussprache zu vertagen.

8 Einstellen der Beförderungsstellen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])*

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgründen zu vertagen und sich von der Landesregierung schriftlich statt mündlich berichten zu lassen.

9 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

7 Anlagen
27.07.2021/09.08.2021
10

Stand: 22.02.2021

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung und des Wissenschaftsausschusses

Lehrkräfteversorgung sicherstellen: Möglichkeiten der passgenauen Lehrerausbildung nutzen

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/10850

9. Dezember 2020,
9.00 Uhr bis max. 10.30 Uhr, E 3 A 02

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Christian Huber Institut für Bildungsforschung in der School of Education Bergische Universität Wuppertal Wuppertal	**Professor Dr. Christian Huber**	**17/3363**
Maike Finnern Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Essen	**Maike Finnern** Mischa Meier	**17/3345**
Ulrich Müller CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung Leiter politische Analysen Gütersloh	**Ulrich Müller** Bianca Brinkmann	**17/3364**
Sven Christoffer (lehrer nrw) Linnich	**Sven Christoffer**	**17/3353**

NRW DIE FRAKTION SPD

JOCHEN OTT MDL
Schulpolitischer Sprecher

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-23 23
F 0211.884-32 15
jochen.ott@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung
Frau Kirstin Korte MdL

- per E-Mail -

26.11.2020

Thema: Sachstand zu Dienstanweisungen an Schulleitungen in Pandemiezeiten – wie viele Schulleitungen wurden in die jeweiligen Bezirksregierungen vorgeladen?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Sachstand zu Dienstanweisungen an Schulleitungen in Pandemiezeiten – wie viele Schulleitungen wurden in die jeweiligen Bezirksregierungen vorgeladen?

Schulleitungen leisten in Zeiten der Pandemie Enormes. Sie betreiben häufig die Quadratur des Kreises, um den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler sowie denen des pädagogischen und nicht-pädagogischen Personals gerecht zu werden. Dabei bewegen sie sich häufig in einem Spannungsfeld zwischen Vorgaben des MSB und der schulischen Realität. Mit einer „Handreichung“ aus Münster soll den Schulleitungen nun eine Sprachreglung bezüglich ihrer Kommunikation nahe gelegt worden sein, um einen gewünschten Tenor zu kommunizieren. Schulleitungen, die sich kritisch oder öffentlich über Missstände etc. äußern, werden laut eigener Aussagen in die Bezirksregierung vorgeladen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Vor dem Hintergrund bitte ich um einen Bericht, wie viele Schulleitungen seit den Sommerferien entsprechende Dienstanweisungen oder Einladungen in die Bezirksregierungen bezüglich ihrer Kommunikation und/oder ihrer Handlungen erhalten haben.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Schule und Bildung

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW DIE FRAKTION SPD

JOCHEN OTT MDL
Schulpolitischer Sprecher

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-23 23
F 0211.884-32 15
jochen.ott@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung
Frau Kirstin Korte MdL

- per E-Mail -

26.11.2020

Thema: Sachstand zum Unterricht in Förderschulen in Pandemiezeiten – welche Herausforderungen wurden an das MSB herangetragen?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Sachstand zum Unterricht in Förderschulen in Pandemiezeiten – welche Herausforderungen wurden an das MSB herangetragen?“

Förderschulen sind mit besonderen Herausforderungen in Pandemiezeiten konfrontiert. Vor dem Hintergrund bitte ich um einen Bericht, der alle an das MSB herangetragenen Herausforderungen sowie die entsprechenden eingeleiteten Maßnahmen beinhaltet.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Schule und Bildung

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW DIE FRAKTION SPD

JOCHEN OTT MDL
Schulpolitischer Sprecher

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-23 23
F 0211.884-32 15
jochen.ott@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung
Frau Kirstin Korte MdL

- per E-Mail -

26.11.2020

Thema: Sachstand zum Unterricht in Pandemiezeiten – Wie steht es um die Prüfungsvorbereitungen für die zentralen und dezentralen Abschlussprüfungen in allen Schulformen?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Sachstand zum Unterricht in Pandemiezeiten – wie steht es um die Prüfungsvorbereitungen für die zentralen und dezentralen Abschlussprüfungen in allen Schulformen?“

Der Regelunterricht in Präsenz ist in der Pandemie durch (Teil-)Schließungen und Quarantänemaßnahmen nicht gleichermaßen stark ausgeprägt, dennoch stehen am Ende des Schuljahres zentrale und dezentrale Abschlüsse an, die an den standardisierten Kompetenzerwartungen der entsprechenden Kernlehrplänen ausgerichtet sind.

Vor dem Hintergrund frage ich, welche Maßnahmen getroffen werden, um hier einen reibungslosen Ablauf in Bezug auf die Prüfungsvorbereitungen und die Abschlussprüfungen zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW DIE FRAKTION SPD

JOCHEN OTT MDL
Schulpolitischer Sprecher

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-23 23
F 0211.884-32 15
jochen.ott@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung
Frau Kirstin Korte MdL

- per E-Mail -

26.11.2020

Thema: Sachstand zum Unterricht in Pandemiezeiten – wie steht es um die Infektionszahlen?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Sachstand zum Unterricht in Pandemiezeiten – wie steht es um die Infektionszahlen?“

Die Infektionszahlen von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften sowie nicht-pädagogischem Personal sind seit Schuljahresbeginn gestiegen. Vor dem Hintergrund bitte ich um einen Bericht zum Sachstand bezüglich der Infektionszahlen seit Schuljahresbeginn für Lehrende, Lernende und nicht-pädagogisches Personal bis zur ersten Dezemberwoche. Die Zahlen bitte ich nach Kalenderwochen aufzulisten.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Schule und Bildung

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

GRÜNE IM LANDTAG NRW

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An die Vorsitzende des
Ausschusses für Schule und Bildung
des Landtags NRW
Frau Kirstin Korte

- Im Hause -
- per Mail -

Sigrid Beer

Bildungspolitische Sprecherin
Sprecherin für Petitionen

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: +49 (0) 211.884-2805
Fax: +49 (0) 211.884-3517
Sigrid.Beer@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 26. November 2020

Beantragung TOP und schriftlicher Bericht der Landesregierung zum ASB am 09.12.2020
hier: Unterstützung von Ersatzschulen in Pandemiezeiten

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die Schulen müssen in Pandemiezeiten Hygienekonzepte erarbeiten und besondere Vorkehrungen zum Infektionsschutz ergreifen. Das ist mit sächlichem und personellen Aufwand verbunden. Kommunen als Schulträger können im gewissen Maße coronabedingte Mehrausgaben haushaltsrechtlich geltend machen bzw. aus dem regulären Haushalt „ausbuchen“. Die Landesregierung hat außerdem Unterstützung bei Materialien wie Masken oder Investitionen in Lüftungsanlagen in Aussicht gestellt.
Der Aufwand betrifft aber auch Schulen in freier Trägerschaft.
Deshalb bitte ich die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, welche Unterstützung die Ersatzschulen in NRW für coronabedingte Mehrausgaben erhalten haben oder erhalten sollen.

Mit freundlichen Grüßen

Sigrid Beer

Sigrid Beer MdL

NRW DIE FRAKTION SPD

JOCHEN OTT MDL
Schulpolitischer Sprecher

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-23 23
F 0211.884-32 15
jochen.ott@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung
Frau Kirstin Korte MdL
-per Mail-

07.12.2020

Bitte um einen mündlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09.12.2020 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Einstellen der Beförderungsstellen."

Jeder Beförderung im Schulsystem geht der Grundsatz der Bestenauslese voraus, dies bedeutet, dass sich besonders engagierte und kompetente Lehrerinnen und Lehrer um eine Beförderung verdient machen.

Insbesondere in einer Zeit, in der die Corona-Pandemie den Lehrkräften Enormes abverlangt und sie an die Grenzen der Belastbarkeit bringt, sind Beförderungen ein Zeichen der Wertschätzung und eine Anerkennung von besonderem Einsatz für die Schule, Schülerinnen und Schüler und für das Kollegium. Diese Beförderungsstellen existieren im System, aber sie werden nicht an diese engagierten Lehrkräfte ausgeschüttet mit der Begründung, dass keine Kapazitäten zur Durchführung der Revisionsverfahren in den jeweiligen Bezirksregierungen vorhanden sind.

Eine verzögerte Beförderung wirkt sich nachteilig für zukünftige Beförderungsverfahren und für die (Alters-) Bezüge aus.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Vor dem Hintergrund muss dringend geprüft werden, ob das Revisionsverfahren nicht in einem alternativen Modus durchgeführt werden kann und ob das Argument der fehlenden Kapazitäten in den Bezirksregierungen so stichhaltig ist, dass es ein Aussetzen der Beförderungen rechtfertigt.
Vor dem Hintergrund bitte ich um einen mündlichen Bericht, wie viele Beförderungsstellen - aufgelistet nach Regierungsbezirken und Schulformen – von dieser Maßnahme betroffen sind und wie die beschriebenen Nachteile geheilt werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Schule und Bildung

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.